

kompekt

Technik sinnvoll nutzen

5G – der Protest schreitet voran!



5G Moratorium BUND Hamburg, Foto: Christian Schumacher

NEUES VON DIAGNOSE:FUNK >
diagnose:funk Fortbildung

5G-WIDERSTAND >
Aktionstag gegen 5G in 30 Städten

KOMMUNALPOLITIK >
Jörn Gutbier: Erfahrungen in der Kommunalpolitik

INTERVIEW >
mit Wolfram Hädicke zum Uranbergbau in der DDR

VERBRAUCHERSCHUTZ >
Was tun gegen funkende Zähler?

DIGITALE MEDIEN AN SCHULEN >
Medienkonzept der Waldorfschulen

SEITE 03

VORWORT >

SEITE 04

NEUES VON DIAGNOSE:FUNK >

diagnose:funk Fortbildung

SEITE 05

Neuer Brennpunkt zu Mobilfunk und Krebs

SEITE 06

diagnose:funk plant 2020 – helfen Sie mit!

SEITE 07

5G-WIDERSTAND >

Aktionstag gegen 5G in 30 Städten

SEITE 08

Thesenanschlag in Freiburg

SEITE 09

8.250 Unterschriften an Minister Laschet

SEITE 10

5G in der Lommatzscher Pflege

SEITE 11

BUND Hamburg übergibt über 6000 Unterschriften an das Bürgerbüro

SEITE 12

IPPNW unterstützt Ärzteprotest

SEITE 13

Klare Worte des Ärztepräsidenten zu 5G

SEITE 14

Interview mit Verbraucherzentrale Südtirol

SEITE 16

KOMMUNALPOLITIK >

Jörn Gutbier: Erfahrungen in der Kommunalpolitik

SEITE 18

Freie Wähler: Antrag auf Moratorium in Mannheim

SEITE 19

Initiative in Korb-seit 2006 aktiv

SEITE 20

Illustration von Sara Contini-Frank zu Vortrag in Ravensburg

SEITE 22

Ravensburg 5G-frei im öffentlichen Raum

SEITE 23

Balzhausen- nach 100 Jahren kam Glasfaser

SEITE 24

DISKUSSION IN POLITIK

UND WISSENSCHAFT >

Urteil in Turin in Handy und Gehirntumoren

SEITE 25

15 Jahre Leitlinien Strahlenschutz

SEITE 26

Kompetenzzentrum Mobilfunk Cottbus

SEITE 28

INTERVIEW >

Interview mit Wolfram Hädicke zum Uranbergbau in der DDR

SEITE 32

NEUES AUS DER FORSCHUNG >

ElektrosmogReport 4/2019

SEITE 33

VERBRAUCHERSCHUTZ >

Was tun gegen funkende Zähler?

SEITE 34

Totschlagargumente gekontert

SEITE 35

DIGITALE MEDIEN AN SCHULEN >

Medienkonzept der Waldorfschulen

SEITE 36

Stuttgart: VLC-Einführung wird geprüft

SEITE 37

Neuer Fachartikel zu den Risiken von WLAN

SEITE 38

MATERIALIEN >

Auswahl spannender Info-Materialien



UNTERSTÜTZEN SIE DIE ARBEIT VON DIAGNOSE:FUNK

diagnose:funk ist als gemeinnützig anerkannt und setzt sich für Umwelt und Verbraucher zum Schutz vor elektromagnetischer Strahlung ein. Ihre Zuwendungsbestätigung senden wir Ihnen im Februar des Folgejahres zu. Bitte geben Sie hierfür Ihre Adresse bei der Überweisung an.

Spendenkonto

Diagnose-Funk e.V.

IBAN: DE39 4306 0967 7027 7638 00

GLS Bank

BIC: GENODEM1GLS

Sie benötigen Beratung?

Sollten Sie Hilfe benötigen oder Fragen zu Spenden oder Förderung haben, können Sie sich direkt an uns wenden:

Tel: +49 (0)69 36 70 42 03

Email: info@diagnose-funk.de

Impressum

Diagnose-Funk e.V.

Postfach 15 04 48

D-70076 Stuttgart

kontakt@diagnose-funk.de

Diagnose-Funk Schweiz

Heinrichsgasse 20, CH 4055 Basel

kontakt@diagnose-funk.ch

Bildnachweise

Siehe Nachweis beim Bild.

Sonstige Bilder: diagnose:funk

Grafiken/Satz: Benedikt Adler

Bestelladresse (DE + Int.)

Email: bestellung@diagnose-funk.de

Fax: +49 (0)69 36 70 42 06

www.shop.diagnose-funk.org

Diagnose-Funk Versand D + Int.

Palleskestraße 30

D-65929 Frankfurt

Auflage: 3.000 Stück

4x jährlich | EPr.: 5,00 EUR

Fortschrittmärchen für ein zerstörerisches Wachstum



Peter Hensinger, 2. Vorsitzender
diagnose:funk

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe diagnose:funk-Mitglieder,

wenn 20 % der Bevölkerung von einem Thema bewegt sind oder gar protestieren, wird es für Politiker relevant. Jahrelang war sich die Politik sicher, man könne die Mobilfunkkritiker ignorieren. Nun ergab eine Untersuchung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), dass bundesweit **51 % der Bevölkerung über die Risiken der Strahlung beunruhigt** sind. Wegen der Strahlung von Mobilfunkmasten sind es sogar 83 %. Nur noch 37 % vertrauen darauf, dass staatliche Institutionen des Strahlenschutzes sie schützen. Und dazu kommt: der 5G-Widerstand in hunderten Kommunen macht viele Politiker sprachlos. Die Politik aktiviert nun ihre Risikokommunikatoren, die darüber hirnieren, wie man den Widerstand einfängt. Und das Bundesamt für Strahlenschutz gründet in Cottbus eine eigene Außenstelle, die Clearing-Stellen in Kommunen und Landkreisen dafür mit Strategien und Textbausteinen versorgen soll. Doch die Bürgerinitiativen haben die Tatsachen auf ihrer Seite. Die Gesundheitsrisiken der Mobilfunkstrahlung werden durch neue Forschungen bestätigt. Ärzteverbände klinken sich in die Kritik ein, und in Italien bestätigt jetzt ein Berufungsgericht den Zusammenhang zwischen Handystrahlung und Gehirntumoren. Wie soll man das alles kleinreden?

Die letzten 15-Jahre Risikoentsorgung funktionierten nicht. Das BfS dachte, es reicht aus, wenn man unbequeme Studienergebnisse als irrelevant erklärt, und hatte die Illusion, wir würden das glauben. Die Gutachter für das BfS haben die Zwickmühle erkannt, weil „die eigenhändige Beschäftigung mit Strahlung nicht für diese Beruhigung sorgt, sondern diese Personen im Gegenteil mehr Sorgen haben“, so heißt es in der Untersuchung. Wir begrüßen also gelassen diese Clearing-Stellen, weil wir uns sicher sind, dass sich dann noch mehr BürgerInnen mit unseren Informationsmaterialien beschäftigen werden. Das wird den Widerstand beflügeln. Am ersten 5G-Protesttag im Januar dieses Jahres fanden in über 30 Städten Aktionen statt, das war erst der Auftakt. Die Bürgerinitiativen beginnen jetzt, sich zu vernetzen, einheitliche Forderungen zu entwickeln und damit den Druck zu erhöhen. Dafür

wird diagnose:funk weiter mit Materialien die schlagkräftigen Argumente liefern. 5G und die Digitalisierung werden die Gesellschaft in einer Weise umkrempeln, die wir nicht wollen. Sie sind kein Naturgesetz, sondern menschengemacht, ein Geschäftsmodell für das zerstörerische Wirtschaftswachstum. Wer braucht das autonome Fahren, das Internet der Dinge oder die digitalisierte Bundeswehr? Die Gesamtrisiken beschreibt der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung (WBGU) folgendermaßen:

„Es gibt technologische Vorstöße und Entwicklungslinien, die vor dem Hintergrund des Nachhaltigkeitsverständnisses des WBGU nicht toleriert werden dürfen und unbedingt zu vermeiden sind. Dies betrifft vor allem

- > Risiken der autokratischen, kleptokratischen (=willkürlich bereichernd) Totalüberwachung aller Individuen durch digital aufgerüstete staatliche Institutionen (im Sinne von „Orwell 2084“),
- > die vollständige Machtübernahme über Konsumbedarfe durch wenige Konzerne und
- > den Ersatz menschlicher Wesen durch digital konstruierte und operierende technisierte Geschöpfe.

In so mancher Hinsicht ist zu hoffen, dass die entworfene Dystopie (= Erzählung mit negativem Ausgang) nie Realität wird. Doch muss sie gerade deshalb jetzt erzählt werden, um ihre Verwirklichung rechtzeitig zu verhindern und eine konstruktive Nutzung der Digitalisierung für eine nachhaltige Zukunft möglich zu machen.“¹

Die Politiker erzählen ein Fortschrittmärchen, um davon abzulenken, wie sie der Industrie freie Bahn für deren Geschäftsmodelle geben. Die Digitalisierung wird dadurch zum Brandbeschleuniger der Umweltzerstörung - diese Warnung durchzieht das WBGU-Gutachten. Die Geschichte, welche zerstörerischen Konsequenzen die Digitalisierung hat, muss ohne Beschönigungen erzählt werden, erst dann kann man Gegenstrategien entwerfen. Tragen wir dazu bei, dass eine Hauptschlagader dieser Dystopie, die 5G-Technologie, nicht zu schlagen beginnt.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Peter Hensinger

¹Hauptgutachten des WBGU (2019): Unsere gemeinsame digitale Zukunft, Kapitel 6, S. 305

Angebot von diagnose:funk

diagnose:funk - Fortbildung

Nach 2 Tagen mit Vorträgen, Gruppenarbeit und vielen Gesprächen waren die Teilnehmer des ersten Teils der diagnose:funk-Mitglieder-Fortbildung einer Meinung:

Wir sind besser gerüstet für die Auseinandersetzungen vor Ort. In Teil I vermittelte Jörn Gutbier Grundlagen über das elektromagnetische Spektrum, strahlende Geräte im Haushalt, Messtechnik und Messgeräte. Klaus Scheler und Peter Hensinger sprachen in ihren Vorträgen über biologische Grundlagen und Wirkmechanismen.

Es fand zudem ein ausführlicher Erfahrungsaustausch über Kommunalpolitik statt. Vorträge und Arbeitsgruppen wechselten sich ab, so dass viele Gespräche stattfinden konnten. Und abends im „Ochsen“ bei gutem schwäbischen Essen wurden sie fortgesetzt. Wir freuen uns auf Teil 2 der Fortbildung, bei dem Elektrohypersensibilität, WLAN an Schulen behandelt wer-

den und darüber gesprochen wird, warum fast jeder selbst Vorträge halten kann.

Jetzt zur neuen Fortbildungsreihe im Herbst 2020 anmelden!

Es gab ein so großes Interesse zur ersten Fortbildung im ersten Hj. 2020, dass wir sie im Herbst erneut für Mitglieder und Fördermitglieder durchführen werden.

Termine: 19./20. September 2020, 24./25. Oktober 2020 in Stuttgart

Kosten je Wochenende:

60 Euro (Verpfl.+Unkosten)

Anmeldeschluss: 31.05.2020. Anmeldung unter Mail: fortbildung@diagnose:funk.de oder über die Postfachadresse. Die Anmeldungen werden nach Eingangsdatum berücksichtigt, Obergrenze 30 TeilnehmerInnen. Für die Übernachtung muss selbst gesorgt werden.



Foto: James C. Lin



Neuer diagnose:funk Brennpunkt zu einem Paukenschlag

Professor James C. Lin: Die NTP-Studie weist das Krebspotenzial der Mobilfunkstrahlung nach

„... der Zusammenhang zwischen Mobilfunkstrahlung und Tumoren bei männlichen Ratten existiert real und die externen Experten stimmten darin überein“ (US - National Institute of Environmental Health Sciences)

Prof. James C. Lin (University of Illinois) nimmt in dem Artikel „Die Bedeutung von Primärtumoren in der NTP-Studie zur Langzeitexposition von Ratten gegenüber Mobilfunkstrahlung“ (2019) zu den Ergebnissen der NTP-Studie (USA) und der Ramazzini-Studie (Italien) Stellung. Beide Studien untersuchten, ob Mobilfunkstrahlung Krebs auslösen kann. Prof. James C. Lin war lange führendes Mitglied der ICNIRP (International Commission on Non-Ionizing Radiation Protection) und ist ein weltweit angesehener Experte. Er gehörte dem Peer-Review-Panel der NTP-Studie an. Die NTP- und die Ramazzini-Studien haben eine krebsauslösende Wirkung der nichtionisierenden Strahlung des Mobilfunks nachgewiesen. Lin weist mit diesem Artikel ausdrücklich die Versuche zurück, die Bedeutung dieser Studienergebnisse herunterzuspielen. Seit 2016 sind die Ergebnisse der NTP- und Ramazzini-Studien auf dem Tisch. Wieder versuchen die deutsche und die österreichische Mobilfunkindustrie diese Ergebnisse in Zweifel zu ziehen, diesmal nicht mit Verleumdung, sondern mit argumentativer Schützenhilfe der ICNIRP, dem deutschen Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), die in Personalunion arbeiten, und dem österreichischen FMK (Forum Mobilkommunikation). Aktuell soll damit den 5G-Ausbau gerechtfertigt werden. Ihre gleichlautenden vier Hauptargumente gegen die Ergebnisse sind:

- > Die Feldstärken (SAR-Werte) der NTP-Studie seien so hoch, dass ihre Ergebnisse nicht auf den Normalbetrieb des Mobilfunks übertragen werden könnten.

- > Ergebnisse von Tierversuchen würden sich nicht auf den Menschen übertragen lassen,
- > Es sei noch nie gelungen, solche Ergebnisse zu reproduzieren.
- > Nichtionisierende Strahlung habe nicht die Energie, Zellen zu schädigen, deshalb könne auch kein kausaler Wirkmechanismus nachgewiesen werden.

Diese Einwände wurden von Ron Melnick, Mitarbeiter der NTP-Studie und der Institutsleiterin des Ramazzini-Instituts Fiorella Belpoggi widerlegt. Lin entkräftet in seinem Artikel dezidiert das Argument, die Leistungsflussdichten der NTP-Studie machten die Ergebnisse unbrauchbar. Er weist das Gegenteil nach. Der Artikel von Prof. Lin bringt nun das Kartenhaus der unheiligen Allianz der Anzweifler aus dem Bundesamt für Strahlenschutz und der ICNIRP zum Einsturz. diagnose:funk fordert das Bundesamt für Strahlenschutz auf: Besinnen Sie sich auf die Leitlinien Strahlenschutz von 2005, das Vorsorgeprinzip und Ihren Auftrag, die Bevölkerung zu schützen. Dieser Artikel von Prof. Lin wäre eine gute Gelegenheit für das BfS, seine bisherigen Positionen zu korrigieren. Das wäre ein Zeichen von Stärke. Und: Beenden Sie die Zusammenarbeit mit der ICNIRP!

Der Brennpunkt kann kostenlos heruntergeladen werden und als Print in unserem Shop bestellt werden:

www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1508, Artikel vom 17.01.2020

diagnose:funk im Aufschwung

Wir verbessern unsere Arbeit. Sie können dabei mithelfen!

Der mobilfunkkritische Protest ist im Aufschwung, 5G bringt die Menschen in Bewegung. In 10 Jahren zäher Arbeit haben wir mit unserem Informationssystem dafür Grundlagen geschaffen. Und wir waren selber erstaunt: die Untersuchung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) muss feststellen: über 51 % der Menschen sind über die Strahlenbelastung besorgt, nur noch 37 % glauben dem BfS. Mit unserer Arbeit schaffen wir also mündige Verbraucher und schützen deren Gesundheit.

Doch die Arbeit dafür ist so sprunghaft angestiegen, überfordert unsere Kräfte, so dass wir sie professionalisieren müssen.

Das erfordert deutlich mehr Finanzen, und Dank Ihrer Spende konnten wir jetzt erste Schritte dazu machen. In unserem Versand in Frankfurt konnten wir Mitarbeiter einstellen, um der großen Nachfrage nach unseren Materialien nachzukommen. Seit September 2019 haben wir ein Büro in Stuttgart, einen Pressereferenten eingestellt, ab 1.2.2020 eine Sekretärin und einen Mitarbeiter für Verbraucherschutz, alle mit jeweils halben Stellen. Mit diesem Team wollen wir die vielen Beratungsanfragen, anstehende Analysen, Videos, Vortragsanfragen, Termine bei Politikern und geplante In-

formationsmaterialien bewältigen. Die Löhne können wir nur über Ihre Spenden bezahlen.

2020 wollen wir wichtige Lücken in unserer Informationsarbeit schließen

- > Wir brauchen Material für Kinder und Jugendliche. Mit dem Elternflyer haben wir einen Anfang gemacht. Doch wir müssen Fachleute engagieren, die für uns gutes Material für Kinder und Jugendliche entwerfen, auch Videos sind da angesagt.
- > Alle unsere Flyer müssen treffsicherer argumentieren und dafür überarbeitet werden.
- > Wir müssen Tagungen und weitere Fortbildungen durchführen, um die Menschen zu vernetzen.
- > Wir brauchen eine Stelle, die elektrohypersensible Menschen berät.

Wir können das bewältigen, wenn unsere finanziellen Möglichkeiten sich stabilisieren. Helfen Sie mit, dass wir im Jahr 2020 neue, notwendige Aufgaben bei der Aufklärung und dem Verbraucherschutz anpacken können. Wir freuen uns riesig, wenn Sie das alles durch Ihre Spende weiter unterstützen.

**51 % der Deutschen
sind über die
Strahlenbelastung
besorgt.**



**Spenden Sie jetzt
für Aufklärung
und Verbraucher-
schutz.**

Spendenkonto

Diagnose-Funk e.V.

IBAN: DE39 4306 0967 7027 7638 00

GLS Bank

BIC: GENODEM1GLS



1

1. Kundgebung und Demonstration in München
2. Aktion in Freiburg
3. Proteste in Zürich
4. Murnau war überrascht von vielen TeilnehmerInnen



2



3

Foto: Martin Zahnd



4

Foto: Barbara Jungwirth

Protesttag Stopp-5G

Aktionen am 25.1.2020 in über 30 Städten

Die ersten internationalen Protesttage gegen 5G fanden in über 30 Städten in Deutschland und der Schweiz statt. Je nach Stärke der örtlichen Gruppen fanden Infostände, Kundgebungen und sogar Demonstrationen statt. Das ist ein großer Erfolg der Eigeninitiative der 5G-Gruppen vor Ort, auch deshalb, weil es keine nationale Koordination und Pressearbeit gab. In der Koordinierungsgruppe der Europäischen Bürgerinitiative „Attention 5G“ waren wir uns einig: Dieser erste Protesttag macht Mut, einen zweiten sollten wir durchzuführen, dann mit bundesweit einheitlichen Forderungen, einer guten Pressearbeit und einem längeren Vorlauf. Das sollte auf dem bundesweiten Netzwerktreffen Ende Februar in Kassel 2020 besprochen werden. Wir können zulegen!

In diesen Städten fanden Aktionen statt (unvollständig):

Kassel (Mahnwache), Aachen (Infostand), Altenkirchen (Infostand), Berlin (Messrundgang), Bern (Demo), Biel (Infostand), Bremen (Infostand), Brienz (Demo), Frauenfeld (Demo), Freiburg (Demo), Genf (Demo), Hamburg (Mahnwache), Heidenheim (Infostand), Stuttgart (Infostand), Hitzacker (Mahnwache)Kaarst (Demo), Kiel (Infostand), Landsberg (Infostand), Lübeck (Vortrag), Luzern (Infostand), Magdeburg (Demo), München (Demo), Neckartenzlingen (Infostand), Nordhorn (Vortrag), Ravensburg (Infostand), Siegburg (Infostand), St. Gallen (Demo), Thun (Infostand), Uster (Demo), Zürich (Demo).

Die Freiburger bleiben am Ball

Thesenanschlag an der Rathhaustüre in Freiburg

Die Einwohnerversammlung am 13.11.2019 in Freiburg mit 900 BesucherInnen war ein Meilenstein. Auch der Ablauf. In den vier Redebeiträgen der Vertreter vom Aktionsbündnis Freiburg 5G-frei! wurden die Forderungen überzeugend vorgetragen, die Auftritte der Behörden waren teilweise peinlich. Auf unserer Homepage berichten wir darüber ausführlich, die Reden des Aktionsbündnisses stehen zum Download, ein Videomitschnitt dokumentiert die Versammlung. Die Freiburger bleiben am Ball. Die Stadtverwaltung weicht den Forderungen aus. Deshalb fand vor der Gemeinderatssitzung am 4.2.2020 ein Thesenanschlag an der Rathhaustüre statt. Die Auseinandersetzung geht weiter.

Thesenanschlag: 5 wichtige Forderungen Aktionsbündnis Freiburg 5G-frei!

1.) Vorsorge treffen. Zur Abwehr einer außerordentlichen Gefahr setzen Gemeinderat und Stadtverwaltung den Ausbau von 5G aus. Damit kommen sie ihrer Verpflichtung zur Vorsorge nach.

2.) Erkenntnisse der Langzeit-Forschung beachten. Gemeinderat und Stadtverwaltung der Stadt Freiburg werden aufgefordert, den Stand weltweiter unabhängiger Forschung und kritischer Erkenntnisse zu den biologischen, ökologischen und politischen Auswirkungen gepulster technischer Mikrowellen zur Kenntnis zu nehmen und zu beachten.

3.) Künstliche Immissionen minimieren. Die Minimierung der jetzt schon bestehenden Strahlenbelastung muss fester Bestandteil der Digitalisierungsstrategie der Stadt sein.

4.) Risiken transparent bewerten. Gemeinderat und Stadtverwaltung setzen sich bei Bund, Ländern, Städtetag und Nachhaltigkeitsrat dafür ein, dass die bisher versäumte zwingend vorgeschriebene Risikobewertung und Technikfolgen-Abschätzung durch unabhängige Wissenschaftler*innen, die biologische Wirkungen einbeziehen, nachgeholt werden. Bis dahin muss zur Vorsorge ein Moratorium für den Ausbau von 5G gelten.

5.) EinwohnerInnen aufklären. Gemeinderat und Stadtverwaltung sorgen für umfassende Aufklärung der Freiburger Bevölkerung durch unabhängige Wissenschaft und Informationsquellen. Insbesondere Kinder, Jugendliche, schwangere Frauen und Kranke benötigen Schutz und Aufklärung für den Umgang mit funkenden Endgeräten.

Mehr auf unserer Homepage:

www.diagnosefunkt.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1486, Artikel vom 13.11.2019





Foto: diagnose:funk

Kein 5G in NRW

Markus Stockhausen übergibt Petition mit 8.250 Unterschriften an Ministerpräsident Laschet

Der berühmte Trompeter und Komponist Markus Stockhausen will über die Risiken von 5G aufklären. In Bonn hat er jetzt die Unterschriften seiner Online-Petition an den Ministerpräsidenten Armin Laschet übergeben. Markus Stockhausen schreibt in seiner Pressemitteilung:

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 2.12.2019 um 18 Uhr habe ich persönlich in Bonn meine Online-Petition „KEIN 5G IN NRW“ an Herrn Ministerpräsident Armin Laschet überreicht. Er zeigte sich interessiert, kannte die möglichen Gefahren von 5G bisher nicht. Er nahm bisher an, dass es sich lediglich um ein schnelleres Netz als 4G handele, versprach aber, sich die mitgelieferten umfangreichen Informationen anzuschauen. Über 8.250 Menschen zeichneten diese Petition mit und schrieben eindrucksvolle Kommentare. Ich bitte Sie, in Ihren Medien darüber zu berichten.

5G-Themen: großflächige Verseuchung der Atmosphäre mit hochfrequenter elektromagnetischer Strahlung, auch aus dem All von zehntausenden Satelliten, 10- bis 100-fache Strahlenbelastung gegenüber dem jetzigen Mobilfunk mit ernstzunehmenden Gesundheitsgefahren, DNA- und Erbgutschädigung, Mobilfunkstrahlung kann krebspromovierend sein, kein Entkommen für elektrosensible Menschen, enormer Stromverbrauch - 5G ist ein Klimakiller, Bäume sind 5G im Weg, Insekten/ Bienen leiden ebenfalls unter der Strahlung bereits heute mit 4G, Überwachungsstaat, Freiheits- und Demokratieverlust, 5G kann als Waffe eingesetzt werden und mehr. Gerne sende ich Ihnen weitere Informationen zu.

Mit freundlichem Gruß, Markus Stockhausen
Musiker, Erfstadt

Hier ist die Petition zu sehen:

www.openpetition.de/petition/online/kein-5g-in-nrw-2

Nachfrage aus dem Publikum: „Wie kann die vom Bundesamt für Strahlenschutz selbst bescheinigte „tumorpromovierende Wirkung“ mit der einzig anerkannten Wirkung Temperaturerhöhung erklärt werden?“
 Peter Gamer (LfULG): „Entschuldigung, ich kann und darf dazu nicht Stellung nehmen.“

Lommatzscher Pflege

140 Besucher - und keine Antworten zum 5G Testfeld

Am 22.1.2020 fand im Lehr- und Versuchsgut Köllitsch in der Lommatzscher Pflege (Hügellandschaft in Mittelsachsen) ein Informationsabend zu dem in Kürze in Sachsen startenden 5G-Testfeld statt. Bei diesem Testfeld handelt es sich um Europas größtes 5G-Experimentierfeld mit einer Fläche von 2.000 km², wobei aber nur drei große Landwirtschaftsbetriebe involviert sind.

Eingeladen hatte das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG), welches zwei der insgesamt drei Referenten des Abends stellte: Dr. Uwe Bergfeld, Leiter der Abt. Landwirtschaft, und Peter Gamer, Referatsleiter für anlagenbezogenen Immissionsschutz, Lärm und Ansprechpartner für die 5. Mobilfunkgeneration und EMF-Messfeld. Zur Seite gestellt war beiden der Projektmanager Thomas Welsch, Mitglied des 5G Lab Germany und Inhaber des Vodafone-Stiftungslehrstuhls für Mobile Nachrichtensysteme der TU Dresden.

Offensichtlich hatten die Veranstalter nicht mit einer derart hohen Teilnehmerzahl im beschaulichen 76 Einwohner zählenden Köllitsch gerechnet. Eifrig wurden Stühle herbeigeräumt, um den ca. 140 Interessierten ausreichend Platz zu bieten. Das Publikum war aus allen Teilen Sachsens und auch aus den Großstädten Leipzig und Dresden angereist. Die meisten waren - wie sehr schnell deutlich wurde - nicht gekommen, um das 5G-Testfeld freudig zu begrüßen, sondern um ihre Bedenken zu äußern und Fragen zu stellen. Auf letztere waren die Referenten nicht wirklich gut vorbereitet. Überhaupt war der Informationsgehalt der Veranstaltung eher gering.

In Allgemeinplätzen wurde das Potenzial der Digitalisierung für die Landwirtschaft gelobt: zukunftsfähig machen, wettbewerbsfähig sein, Ressourcen schonen (!), Tierwohl erhöhen (!!), Erhöhung der Wertschöpfung und Einsparung von Arbeitszeit (!!!). Konkrete Angaben zum Testfeld waren dürftig und erschöpften sich in der Nennung der Anzahl der Antennen und der Frequenzen: Die 7,6 Millionen Euro Fördergelder reichen für 18 Antennen im gesamten Testgebiet, zwei davon im Lehr- und Versuchsgut Köllitsch, und die eingesetzten Frequenzen werden 3,7 bis 3,8 GHz sein. Für

die Darstellung der Einzelprojekte sei an dieser Stelle kein Platz, aber man könne gern im Anschluss an die Veranstaltung auf die Referenten zukommen und würde alle gewünschten Informationen erhalten. Wer dieses Versprechen einlösen wollte, erhielt die höfliche aber wenig ertragreiche Antwort, man möge sich bitte auf den Seiten des LfULG unter den Stichworten SIMUL und Innovation hub informieren. Allerdings findet der Suchende hier lediglich ältere z.T. bereits abgelaufene Projekte und zahlreiche Fehlermeldungen.

Uwe Bergfelds Vortrag stand unter dem Titel „Chancen und Risiken von 5G“. Die Risiken wurden dabei in Form von drei mageren Stichpunkten abgehandelt: 1. Kosten, Aufwand, Funktionsübersorgung, 2. Informationssicherheit, Datenhoheit, 3. Überforderung von Erzeuger und Verbraucher. Das provozierte die ersten Nachfragen aus den Reihen der Zuhörer, denen der Blick auf die gesundheitlichen Risiken und die Auswirkungen auf Flora und Fauna fehlte. Die Fragen wurden auf den noch ausstehenden Vortrag von Peter Gamer verwiesen. Dieser informierte als letzter der Runde zunächst ausführlich zum EMF-Messprogramm, welches im Vorfeld in Köllitsch durchgeführt worden war und wie erwartet Feldstärken weit unter den gesetzlichen Grenzwerten nachwies. Die „begleitende Forschung“ zum 5G-Experimentierfeld in Sachsen erschöpft sich im Übrigen, wie man bei dieser Veranstaltung erfuhr, in einer regelmäßigen Überprüfung der Einhaltung dieser Grenzwerte. Deren Berechtigung stehe außer Frage, so Peter Gamer, mit Verweis auf die aktuelle Forschungslage.

Es folgte das mit Spannung erwartete Thema „Stand der aktuellen Forschung und mögliche Gesundheits-

gefahren“. Was den Zuhörern allerdings dann geboten wurde, war unter aller Kritik. Der Referent glänzte durch völlige Unkenntnis der Forschungslage und stützte sich allein auf allgemeine Informationen des Bundesamtes für Strahlenschutz. Diese wurden ohne jegliche Quellenangaben und dazu teilweise noch fehlerhaft wiedergegeben. So benannte Peter Gamer bspw. ausgerechnet die „REFLEX-Studie“ und die „Interphone-Studie“ als zwei der drei größten und bedeutendsten Studien, die zu dem Fazit geführt hätten, dass es „bis heute keine wissenschaftlich bestätigten Belege für eine gesundheitliche Gefährdung durch Mobilfunk“ gibt. Nachfragen aus dem Publikum hierzu konnte er nicht beantworten: „Ich berufe mich auf das, was ich in Abstimmung mit dem Bundesamt für Strahlenschutz hier zusammengefasst dargestellt habe.“ Die Zuhörer gingen mit mehr Fragen nach Hause als sie gekommen waren.

„Aktenzeichen XY ungelöst!“ - die Fahndung nach den 100 5G-Studien des Umweltamtes Sachsen

Die Diskussion in Köllitsch war auch ein Lehrbeispiel deutscher Beamtenmentalität. Der Vertreter des Säch-

sischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Peter Gamer, sollte die Bedenken zu 5G zerstreuen.

Nachdem er ausgeführt hatte, dass es angeblich keine wissenschaftlich bestätigten Erkenntnisse von Schädigungen durch Mobilfunkstrahlung gäbe, folgte er auf seiner Vortragsfolie: „Speziell zu 5G liegen schon über 100 Studienergebnisse vor. Grundlegend neue Erkenntnisse wurden dabei nicht gefunden.“ Nun bat eine Bürgerinitiative Herrn Gamer um diese 100 Studien. Seine Antwort: Er habe sie nicht, man solle sich doch an das EMF-Portal der Uni Aachen wenden. Das tat die Bürgerinitiative. Von dort kam die Antwort, man könne „leider nicht ganz nachvollziehen, welche 100 Studien Herr Gamer genau meint“. Die Bürgerinitiative fahndet nun im Bundesamt für Strahlenschutz weiter. Wir werden im nächsten Kompakt berichten, ob der Fall gelöst wurde.

Die Vortragspräsentationen der drei Referenten findet man unter:

www.simulplus.sachsen.de/chancen-und-risken-von-5g-in-der-landwirtschaft-27338.html

BUND Hamburg übergibt über 6000 Unterschriften an das Bürgerbüro

Mobilfunkstandard 5G: BUND fordert Ausbaustopp

Der BUND Hamburg fordert den Ausbaustopp des 5G-Mobilfunknetzes in Hamburg. Dazu haben Mitglieder des BUND-Arbeitskreis Elektrosmog am 12.02.2020 dem Bürgerbüro des Ersten Bürgermeisters Peter Tschentscher eine Petition mit über 6000 Unterschriften übergeben.

„Für uns ist klar: Der Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur mit 5G-Technologie darf nicht ohne Prüfung der Gesundheits- und Umweltverträglichkeit und nicht ohne die vorgeschriebene Technikfolgenabschätzung erfolgen. Der jetzt anlaufende Ausbau ohne eine solche Abschätzung widerspricht dem gesetzlich verankerten Vorsorgeprinzip“, so Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg.

Bereits andere große europäische Städte wie Brüssel, Florenz und Genf, weitere Orte in Irland und über 100 Kommunen in Italien haben sich für einen 5G-Ausbaustopp ausgesprochen. Hamburg ist eine der sechs Modellregionen, in denen der Ausbau besonders gefördert wird. „Die Erforschung von Folgen für Gesundheit und Umwelt muss vor dem Ausbau dieser Technologie von unabhängigen Instituten erfolgen und auf keinen Fall im laufenden Betrieb – in einem Feldversuch an Mensch und Umwelt,“ so Ellen Kruse, Sprecherin des BUND-Arbeitskreis Elektrosmog.

Der BUND Hamburg fordert den Senat und die Hamburger Bürgerschaft auf, ihre Verantwortung für die Gesundheit der ihr anvertrauten Bürger*innen und für die Umwelt ernst zu nehmen und den Ausbau des 5G-Netzes in der Region solange zu blockieren, bis die gesundheitliche Unbedenklichkeit nachgewiesen ist. Der Schutz der Gesundheit und unserer Lebensgrundlagen muss klar Vorrang haben vor wirtschaftlichen Interessen.

Ärzt*innen fordern Moratorium

IPPNW unterstützt Medizinerprotest gegen 5G in Baden-Württemberg

IPPNW Pressemitteilung, 24.10.2019.

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung) unterstützt die Forderung von 70 Ärzt*innen aus Baden-Württemberg nach einem 5G-Moratorium. In einem offenen Brief, der gestern übergeben wurde, warnen sie den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann vor der Einführung von 5G-Mobilfunk und fordern ihn auf, die Exposition gegenüber elektromagnetischen Feldern zu minimieren.

Die medizinisch-biologische Bewertung von elektromagnetischen Feldern wird bis heute wissenschaftlich kontrovers diskutiert. Gleichwohl hat der Expertenausschuss der WHO zu elektromagnetischen Feldern am 22. April 2019 aufgrund neuer Studienergebnisse die Höherstufung in „wahrscheinlich krebserregend“ oder gar „krebserregend“ gefordert.

Zudem sind Gefährdungen der Fruchtbarkeit sowie Konzentrations- und Schlafstörungen in der wissenschaftlichen Diskussion. Die neue Technologie soll im großen Stil quer durchs Land installiert werden - ohne dass eine Technologiefolgenabschätzung von 5G stattgefunden hat.

Die IPPNW fordert die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und die gesundheitlichen, ökologischen, aber auch gesellschaftlichen Auswirkungen der 5G-Technologie zu untersuchen und zu diskutieren – bevor diese flächendeckend eingesetzt wird. Vorsorge und Prävention gegenüber potenziellen gesundheitlichen Gefahren muss Vorrang haben.

IPPNW-Arzt Dr. med. Jörg Schmid, einer der Erstunterzeichner des offenen Briefs, erklärt dazu: „Die wissenschaftlichen Hinweise auf ein erhöhtes Krebsrisiko durch Mobilfunk- und WLAN-Strahlung sind zu deutlich, um sie zu ignorieren. Zum Schutz der Bevölkerung brauchen wir ein 5G-Moratorium!“

Mehrere Städte, unter anderem Genf, Florenz und Brüssel, haben bereits Moratorien verhängt. Weitere Städte wollen diesem Beispiel folgen und erst die Risikoanalysen abwarten, bevor neue, hochfrequente Sendemasten im öffentlichen Raum installiert werden. Die IPPNW Deutschland unterstützt diese Vorhaben.

Den Beschluss des IPPNW-Jahrestreffens vom 4. Mai 2019 zu 5G finden Sie unter
www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Verein/MV/Beschluss_Mobilfunk.pdf

Österreichischer Ärztekammerpräsident findet klare Worte zu 5G

Infrastruktursymposium Future Business Austria – „Zukunftsinfrastruktur 5G: Vom digitalen Traum zur Wirklichkeit“ 04.11.2019, Novomatic Forum, Wien

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleg*innen,

ich freue mich, dass ich heute bei dieser sehr interessanten Veranstaltung des Österreichischen Infrastrukturreports 2020 mit dem Titel „Zukunftsinfrastruktur 5G: Vom digitalen Traum zur Wirklichkeit“ dabei sein darf. Die Diskussion um die 5G-Technologie ist eine sehr wichtige und vor allem sehr vielseitige und es liegt sicherlich an den Verantwortlichen, dass der Traum, der zur Wirklichkeit werden soll, sich nicht als Albtraum entpuppt.

Ich möchte hier heute keinen Streit entfachen, aber als Gesundheitsvertreter möchte ich die Diskussion doch aus einem anderen Blickwinkel betrachten, und vielleicht können wir dann das eine oder andere Argument durchdiskutieren. Fakt ist, dass weder Mobilfunkgegner noch Befürworter Langzeitstudien präsentieren können. Deswegen werden und sollten auch diese von beiden Seiten gefordert werden.

Fakt ist weiters, dass 2011 die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) Funkstrahlung aufgrund epidemiologischer Studien über Hirntumoren als möglicherweise krebserregend für den Menschen (Gruppe 2B) eingestuft hat. Seitdem haben zusätzliche Studien die Annahme eines kausalen Zusammenhangs zwischen Mobiltelefonnutzung und Krebs erhärtet.

Führende Wissenschaften kamen zu dem Schluss, dass hochfrequente elektromagnetische Strahlung für den Menschen als eindeutiges Karzinogen (Gruppe 1) einzustufen ist. In der Medizin beobachten wir aber auch zunehmend die Folgen durch falsches Nutzungsverhalten, wie beispielsweise Sucht, Verhaltensstörungen oder Erhöhung der Unfallgefahr durch Ablenkung. Die Frage lautet daher: Wurden bisher Gesundheitsschäden bei Menschen durch Mobilfunkstrahlung nachgewiesen? Nun ja, es liegen weltweit bereits mehrere Gerichtsurteile vor, sogar Höchstgerichtsurteile, die die Gesundheitsschäden durch Mobilfunkstrahlung unmissverständlich anerkennen.

* nach unseren Recherchen war es eine Sendeanlage, d:f

Auf Basis der bisherigen Informationen ist durch den Aufbau von 5G mit einer weiteren, und zwar erheblichen, schon derzeit vielerorts zu intensiven Hochfrequenzexposition der Bevölkerung zu rechnen. Riesige Datenmengen mittels Mikrowellentechnik im unmittelbaren Lebensbereich des Menschen zu übertragen, ist aus ärztlicher Sicht als eine Fehlentwicklung zu sehen.

Ich möchte mich aber nicht vor Sie hinstellen und keine Lösungen im Gegenzug anbieten. Denn eine Digitalisierung ohne Komfortverlust erreicht man auch durch kabelgebundene Lösungen. Diese sind schneller, datensicherer und nicht potenziell gesundheitsgefährdend. Soweit die Datenübertragung drahtlos sein soll, stehen dafür auch Frequenzen im Infrarot-Spektrum und im Lichtspektrum als LiFi (Light Fidelity) zur Verfügung. Denn das übergeordnete Ziel kann nur eine Datenübertragung in gesundheitsverträglicher Form sein.

Schauen wir in die Welt hinaus: In Städten wie Brüssel, Genf oder im Silicon Valley* wurde 5G wieder gestoppt. Wesentlich dafür waren Sicherheitsbedenken, die potenziellen Gesundheitsgefahren und die Tatsache, dass eine hohe Senderdichte zu erwarten ist. Viele Fragen sind nach wie vor ungeklärt oder werden schlicht und einfach nicht beantwortet: Wie viele Sender sind geplant? Was bewirkt die hohe Senderdichte? Woher kommt der Strom für jeden einzelnen Sender? Ist eine Datensicherheit gegeben? Ich fordere von unseren Politikern daher entsprechend des Prinzips der Vorsorge eine genauere Überprüfung der 5G-Technologie. Jede Technologie muss in der EU hinsichtlich der gesundheitlichen Unbedenklichkeit für die Menschen geprüft werden, und das von der elektrischen Zahnbürste bis hin zum Kaugummi. In der Mobilfunktechnologie ist man manchmal jedoch etwas schneller bei der Beurteilung, vielleicht zu schnell.

Sie sehen, sehr geehrte Damen und Herren, das Problem ist vielschichtig und es ist wichtig, dass wir diese Problemstellung eher heute als morgen lösen. Ich freue mich auf eine spannende Diskussion und hoffe, dass wir vielleicht die eine oder andere Lösung heute andenken können.

Quelle: www.bau-biologie.at/wp-content/uploads/2020/01/Ärzttekammerpräsident-spricht-Klartext.pdf



Interview mit Francesco Imbesi von der Verbraucherzentrale Südtirol

Beschlüsse in 9 Südtiroler Gemeinden zum Stopp von 5G

In Italien bildet sich ein großes Netzwerk gegen 5G. Landesweit wird in über 100 Kommunen die Einführung von 5G abgelehnt, wie die Seite *Alleanza Italiana Stop 5G* dokumentiert. In Südtirol hat sich mit Hilfe der Verbraucherzentrale und der Bürgerwelle Südtirol ein Netzwerk gebildet. Zu deren Arbeit haben wir mit Dr. Francesco Imbesi gesprochen, der in der Verbraucherzentrale Südtirol in Bozen arbeitet.

KOMPAKT: In Südtirol lehnen immer mehr Gemeinden die Einführung von 5G ab. Wie viele sind das inzwischen, und wie begründen die Gemeinderatsgremien das?

FRANCESCO IMBESI: Mittlerweile haben 9 Gemeinden (Mals im Vinschgau, Leifers, Neumarkt, Nals, Montan, Eppan, Branzoll, Auer, Tramin) einen Beschluss über eine Aussetzung von 5G beschlossen. Die Diskussionen drehen sich um die Einschätzung der aktuellen Lage, des allgemeinen Informationsmangels über die Gefahren der verschiedenen Anlagen der Frequenzen unter 3,6 GHz, die jetzt installiert werden sollen, sowie der geplanten zweiten Phase über 20 GHz. Angesichts der vielen Unsicherheiten beschließen in aller Regel die Gemeinderäte dann, jede Realisierung von 5G auf dem Gemeindegebiet für unbestimmte Zeit auszusetzen, bis die unabhängige wissenschaftliche Forschung die Unbedenklichkeit der entsprechenden Frequenzen belegt haben wird. In einigen Beschlussvorlagen, die allerdings noch nicht verabschiedet wurden, steht auch die Bereitstellung von bestimmten Geldsummen, ca. 50 Cents pro Gemeindeeinwohner, für die Finanzierung von unabhängiger Forschung.

KOMPAKT: Wie unterstützen die Verbraucherzentrale Südtirol und die Bürgerwelle Südtirol die Gemeinden?

FRANCESCO IMBESI: Als Verbraucherzentrale sind wir ständig bemüht, vor allem interessierte Bürger mit der notwendigen Beratung zu begleiten. Auch ist es uns ein Anliegen, dass Bürgerinitiativen über fundiertes Wissen verfügen und von Anfang an den verschiedenen Winkelzügen zur Ablenkung und zur gezielten Desinformation kritisch gegenüberstehen, indem sie sich z.B. an Treffen und Austausch mit Informationsträgern beteiligen. Mehrere Bürgermeister laden direkt die Verbraucherzentrale zu Informationsveranstaltungen

ein. Besonders gefragt ist die juristische Einschätzung über die Folgen der fehlerhaft erfolgten Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen auf Staatsebene: Da wurden nämlich die zwei vorgeschriebenen Gutachten über die Unbedenklichkeit der 5G-Frequenzen bei den obersten Sanitätsstellen (=Gesundheitsbehörden) einfach nicht beantragt.

KOMPAKT: Wie organisiert ihr den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung?

FRANCESCO IMBESI: Es finden regelmäßig sehr gut besuchte Netzwerktreffen statt, wo die aktuelle Situation analysiert wird und anhand der landesweit gesammelten Informationen gemeinsame Schritte besprochen werden. Wir stehen mit mehreren Initiativen in Verbindung, italienweit sowie mit ausländischen Partnern, vor allem im deutschsprachigen Raum. Dadurch erfahren wir z.B. in Windeseile, ob ein bisher als seriös geltender Referent irgendwo komische Äußerungen bringt oder ob öffentliche Stellen ihre Aufgaben nicht erfüllen.

KOMPAKT: Klärt ihr unter der Bevölkerung auf? Was sind die Reaktionen bei der Unterschriftensammlung?

FRANCESCO IMBESI: Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung werden auf Eigeninitiative hin oder in Absprache mit Vereinen oder Gemeindeverwaltungen abgehalten. Die Erfahrung, die wir immer wieder erleben, ist, dass Kommunalpolitiker einem gewissen Druck ausgesetzt sind: Einmal durch die eigenen Wähler, einmal durch Parteikollegen oder gar durch die Landesämter. Vielleicht aus diesem Grund spüren wir jetzt auch die Tendenz zu Veranstaltungen, wo auch Vertreter des Landes referieren. Man kann natürlich pro oder gegen 5G sein, aber die Unabhängigkeit der vorgebrachten Argumente muss gewährleistet sein.

KOMPAKT: Die Landesagentur für Umwelt betont immer wieder, z.B. im RAI Bozen (TV-Sender & Funk) und der Presse, dass 5G völlig harmlos sei. Wird ihr geglaubt?

FRANCESCO IMBESI: Wir sammeln immer aktuelle Argumente und Stellungnahmen. Bürger berichten uns gar von der Bagatellisierung von Gegenargumenten bei Veranstaltungen des Landes, auch soll jemand wegen seiner kritischen Äußerungen mit einer Strafanzeige bedroht worden sein. Landesumweltagentur und Vertreter der Strahlenphysik im Krankenhaus glänzen in den Medien mit Äußerungen, die es in sich haben, z.B. „Die Sonne strahlt mehr als das Handy und ist somit gefährlicher“, oder ganz aktuell zum Urteil gegen INAIL in Turin: „Damals waren die Handys viel schädlicher. Bei modernen Smartphones müsste es keine Krebsgefahr geben“. Ob die Bürger an diese Märchen glauben ... Tatsache ist, dass diese Art und Weise der „Information“ vielen sehr verdächtig erscheint.

KOMPAKT: Gibt es in Italien zu 5G eine Technikfolgenabschätzung?

FRANCESCO IMBESI: Die Vereinigung für chronische und umweltbedingte Vergiftungen (AMICA) hat einen Antrag auf Zugang zu den Akten gestellt, um zu erfahren, ob die Regierung ein medizinisches Gutachten an die öffentlichen Gesundheitsbehörden in Bezug auf die Sicherheit von 5G-Strahlung gemäß dem Gesetz der Gesundheitsreform n. 833 von 1978 angefordert hat. Dieses Gesetz sieht vor, dass die Regierung bei der Einführung

von Energieformen in die Umwelt medizinische Gutachten von zwei Stellen einholen muss: zum einen vom Höheren Institut für Gesundheit („Istituto Superiore di Sanità“), zum anderen von „ISPESL“ (deren Funktionen gegenwärtig von „INAIL“ übernommen wurden). Alle Institutionen - die INAIL, das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung, das Gesundheitsministerium, der Oberste Gesundheitsrat und das Höhere Institut für Gesundheit - haben erklärt, dass kein Gesundheitsgutachten angefordert oder anderweitig eingeholt wurde. Es wird also ebenso unverantwortlich gehandelt wie bei euch in Deutschland. Wir machen die Bürgermeister darauf aufmerksam, dass sie im Falle von gesundheitlichen Schäden, verursacht durch die Aussetzung der Bevölkerung gegenüber Hochfrequenzstrahlung nach den 5G-Standards auf dem von ihnen verwalteten Gebiet, selbst haften.

KOMPAKT: Gibt es von den Landespolitikern bereits Reaktionen auf diese Protestbewegung?

FRANCESCO IMBESI: Politiker sind vor allem nach der erfolgreichen Unterschriftensammlung in vielen Gemeinden auf das Problem aufmerksam geworden. Es gibt bereits Interesse an einer baldigen wissenschaftlichen Tagung. Ob da die Politiker wirklich riskieren, echte unabhängige Forschung im Lande bekannt zu machen, bleibt abzuwarten?

KOMPAKT: Lieber Francesco Imbesi, vielen Dank für das Interview und vor allem für Eure vorbildliche Aufklärungsarbeit.

Bild: Südtirol, Sellagruppe

In Italien haben über 100 Kommunen die Einführung von 5G abgelehnt.



Bad Wiessee setzt Zeichen:

Kommunen können Mobilfunkausbau regulieren

In einem Brief begründet der Bürgermeister von Bad Wiessee (Bayern), Peter Höß, warum die Kommune den Aufbau von 5G ablehnt. Der diagnose:funk- Pressespiegel dokumentiert eine erstaunliche Entwicklung: Nahezu täglich findet man dort Meldungen über neue Bürgerinitiativen gegen Funkmasten oder Initiativen und Petitionen gegen 5G. Es ist inzwischen eine große Widerstandsbewegung. In vielen Städten gibt es Petitionen. Und erstaunliche Erfolge werden gemeldet: Städte und Schweizer Kantone lehnen 5G ab, auch erste Gemeinderäte wie in Bad Wiessee, Wielenbach, Weilheim, Hohenpeißenberg, Rottach-Egern, Murnau und 9 Gemeinden in Südtirol. Welche Rechte haben die Kommunen, um den Ausbau zu regulieren? Dazu haben wir für unser Magazin Kompakt Jörn Gutbier befragt. Er ist Vorsitzender von diagnose:funk und Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN in Herrenberg.



KOMPAKT: Jörn, Du selbst bist Stadtrat in Herrenberg. In Bad Wiessee hat der Gemeinderat den Aufbau von 5G abgelehnt. Der Bürgermeister erklärt, dass solange die Risiken nicht geklärt sind, das Vorsorgeprinzip gelte, und die Bewohner hätten „ein Anrecht darauf, dass wir als Gemeindevertreter eine Gewährleistung der Unbedenklichkeit für Leib und Leben fordern“. Ist das nicht vorbildlich?

JÖRN GUTBIER: Ja, genau das ist es. Es ist ein politisches Signal für alle Gemeinden. Einen klaren Beschluss hat auch der Gemeinderat in Eppan in Südtirol gefällt. Wir als Kommunalpolitiker tragen zusammen mit unserer Verwaltung eine große Verantwortung, wenn die Bundes- und Landespolitik sich verweigert, diese zu übernehmen und eine ungeprüfte Technik in den Markt gedrückt werden soll – weil die Industrie und einige Politiker es so wollen.

KOMPAKT: Es ist ein politisches Signal. Aber hat eine Kommune das Recht, den Aufbau zu stoppen?

JÖRN GUTBIER: Es geht zunächst nicht um das Recht, sondern um Gesundheitsschutz, Vorsorge und unsere Verantwortung als gewählte Politiker. Diese haben die Kollegen in Bad Wiessee wahrgenommen. Aber: Wir sehen aktuell keine Rechtsgrundlage auf der kommunalen Ebene, die z. B. eine Aufrüstung von 5G an einem bestehenden Mobilfunksenderstandort verhindern könnte. Interessant wird allerdings werden, ob ein Mobilfunkbetreiber es sich traut, an einem bestehenden Makrozellen-Standort in Bad Wiessee eine 5G-Aufrüstung, die keiner gesonderten Genehmigung bedarf,

auch gegen den vorab erklärten Willen der ganzen Gemeinde einfach umzusetzen. Der politische Skandal, den die Bundespolitik mit den Ländern im Schulterchluss mit den Betreibern mit den Zielvereinbarungen im Mobilfunkpakt von 2018 verhindern wollte, wäre da und öffentlich sichtbar. Da ist die Rechtslage erstmal nebensächlich.

KOMPAKT: Welche Rechte oder Möglichkeiten haben die Kommunen dann? Können die Gemeinderäte die Mobilfunkplanung steuern?

JÖRN GUTBIER: Diese Rechte haben die Kommunen, vor allem, wenn es um neue Standorte geht. Es ist höchstrichterlich seit 2012 die Möglichkeit gesichert, für jede von den Mobilfunkbetreibern geplante Versorgung die immissionsärmste Lösung vorzuschreiben. Es liegt nicht mehr in den Händen der Betreiber, darüber zu bestimmen, wo eine Sendeanlage konkret gebaut wird, wenn die Kommune dieses Recht aktiv aufgreift. Dazu bedient sich die Gemeinde des sogenannten Dialogverfahrens, das auch im Paragraph 7a der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung im Jahr 2013 explizit aufgenommen wurde.

Es bestünde darüber hinaus die Möglichkeit, über die maximal zulässige Abstrahlleistung, die Ausrichtung und die Auswahl der Dienste mit den Betreibern immissionsminimierende Vereinbarungen zu treffen. Dies würde dann in Vermietungsverträgen festgelegt und damit losgelöst vom Bundesrecht. Und beim Thema Kleinzellen, die, sofern mit kleiner als 10 W-Abstrahlleistung betrieben, erstmal genehmi-



Foto: Karsten vom Burch Ludwigsburg

Jörn Gutbier ist Fraktionsvorsitzender der Grünen in Herrenberg und Vorsitzender von diagnose:funk

gungsfrei nach Bau- und Immissionsrecht sind, braucht es zwingend einen Gestattungsvertrag durch die Gemeinde. Nicht ohne Grund wurde mit dem Mobilfunkpakt 2018 versucht, auch die kommunalen Spitzenverbände mit ins Boot zu holen, um genau in diesem Feld durch „Mustermietverträge“, „Verfahrensbeschleunigungen“ und „unbürokratische Anmeldeverfahren“ den Mobilfunkbetreibern den Weg für einen beschleunigten 5G-Mobilfunkausbau zu ermöglichen. Denn: Hier macht der Betreiber im öffentlichen Raum nichts ohne die Zustimmung der Gemeinde.

KOMPAKT: D.h. also, die Rechte der Kommunen sind bei der laufenden 4G-Aufrüstung mit tausenden neuen Sendemasten-Standorten und dem geplanten 5G-Ausbau mit den angekündigten 500.000 neuen Kleinzellen gar nicht so sehr beschränkt?

JÖRN GUTBIER: So ist es. Weiterhin gilt die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig von August 2012. Aber dort, wo das bestehende Recht keine Handlungsoptionen lässt, zum Beispiel an Bestandsstandorten, braucht es politische Statements, wie sie Bürgermeister Peter Höß von Bad Wiessee formuliert hat. Dieser Protest hat das Ziel, die Strahlenbelastung gering zu halten. Wir fordern zudem, die Immissionen auch radikal zu minimieren – also überall dort, wo die von den Umweltmediziner vorgeschlagenen Vorsorgewerte nicht eingehalten werden können. Hierzu haben wir von diagnose:funk 8 Forderungen aufgestellt, an denen sich Kommunalpolitiker orientieren können:

1. Breitbandnetze (Glasfaser) als Eigenwirtschaftsbetrieb müssen als Teil der Daseinsvorsorge von den Kommunen betrieben werden. Keine Vergabe von Infrastrukturprojekten an ein Monopol. Glasfasernetze sind die Grundlage zur Umsetzung einer strahlungsarmen Mobilfunkversorgung.
2. Trennung der Indoor- und Outdoor-Versorgung zum Schutz der Wohnung vor Strahlung muss Grundlage jeder Mobilfunkplanung sein. Neue Technik muss nachweisbar zu weniger Elektromog führen. Kleinzellennetze sind nur dann sinnvoll, wenn sie zu einer deutlichen Senkung der Strahlenbelastung führen.
3. Ein Netz für alle: Es braucht nur ein Mobilfunknetz für alle Betreiber und Nutzer, wie bei Strom, Gas und im Straßenbau. Verpflichtendes Roaming für alle Mobilfunkbetreiber muss umgesetzt werden.
4. Unabhängige Technikfolgenabschätzung ist Pflicht. Sie muss durch eine industrie- und regierungsunabhängige Kommission unter Beteiligung bürgerschaftlicher Interessenverbände erfolgen. Ohne Bewertung der Forschungsergebnisse über die Wirkungen der 5G-Frequenzen auf Mensch, Tier und Natur darf 5G nicht eingeführt werden.
5. Beweislastumkehr: Industrie und Staat müssen die Gesundheitsverträglichkeit der Mikrowellenstrahlung belegen.
6. Umweltschutz ist Pflicht, die Kommune muss über den Netzausbau (zur SmartCity) ein Gutachten zum ökologischen Fußabdruck vorlegen.
7. Das Recht, analog leben zu können, ohne digitale Überwachung, ist ein Grundrecht. Die Datenerfassung darf nur mit ausdrücklicher Zustimmung jedes Bürgers erfolgen. Von Jugendlichen unter 16 Jahren dürfen keine Daten erfasst werden.
8. Erhalt und Schaffung von funkfremen Gebieten für elektrohypersensible Menschen.

Freie Wähler Mannheim fordern

Moratorium beim Ausbau von 5G-Sendemasten im Stadtgebiet

Antrag der Fraktion Freie Wähler / Mannheimer Liste zur Sitzung des Gemeinderats am 4. Februar 2020

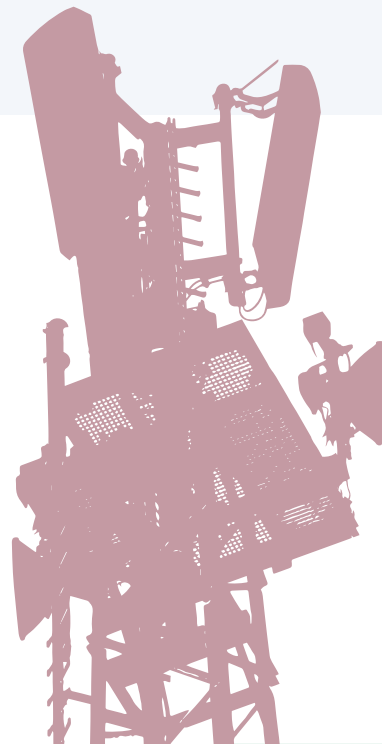
Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Verwaltung erstellt ein Standortkonzept für Mobilfunk-Sendeanlagen.
2. Bis zur Erstellung eines Standortkonzeptes werden keine Genehmigungen für die Errichtung von 5G-Sendemasten erteilt.
3. Die Verwaltung stellt dar, weshalb das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG) bezüglich der Erstellung einer Standortplanung für Mannheim keine Gültigkeit besitzt.
4. Die Verwaltung informiert über die Bedenken der Städte im europäischen Raum bezüglich der Gesundheitsrisiken im Zusammenhang mit dem Aufbau eines 5G-Netzes.
5. Die Verwaltung erläutert die Gründe für die verwaltungsinterne Ablehnung der Standortauswahl in Seckenheim und der Bedenken des Landratsamtes Rhein-Neckar.

Begründung:

Die Errichtung des Funkmastes in Seckenheim für den Ausbau des 5G-Netzes hat zu erheblichen Irritationen und Verärgerung in weiten Kreisen der Bevölkerung geführt. Es ist der Verwaltung nicht gelungen, ihre Zustimmung zur Errichtung nachvollziehbar darzulegen. Auch die Ablehnung zur Erstellung einer Gesamtkonzeption für die Errichtung von Funkmasten ist durch die Rechtssprechung des BVerwG nicht gedeckt. Das BVerwG hat in seinem Urteil 4C1/11 vom 30.08.2012 festgestellt:

„Den Gemeinden steht es frei, die Städtebaupolitik zu betreiben, die ihren städtebaulichen Ordnungsvorstellungen entspricht (...) Sie dürfen Standortplanung auch dann betreiben, wenn bauliche Anlagen nach den maßgeblichen immissionsschutzrechtlichen Maßstäben - hier der Grenzwert der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchV) - unbedenklich sind.“



Korb / Region Stuttgart: Mobilfunkkritische Initiativen berichten

Gesucht: strahlungsärmste Variante – Widerstand gegen Telekom

**Ruth Messer, Vorsitzende der „Initiative Korb - Bürger für eine strahlungsärmere Zukunft e.V.“,
Mitglied im Vorstand von diagnose:funk.**

Wir dachten, unsere 10.000-Einwohner-Gemeinde Korb sei mit sieben Antennenstandorten, die im Ort selbst, am Ortsrand oder, wie in zwei Fällen, auch weiter weg von der nächsten Wohnbebauung stehen, mobilfunktechnisch ausreichend erschlossen. Dennoch und wieder einmal: Ein neuer Antennenstandort soll im Ortsteil Kleinheppach her – und die Telekom würde schon kurz vor Baubeginn mit ihrer Antenne auf dem angefragten gemeindeeigenen Grundstück am Rande des Dorfes stehen, wenn Ortschafts- und Gemeinderäte nicht schon ihr zweites Veto eingelegt hätten, war der Telekom doch ein Alternativstandort angeboten worden.

Und ja, das ist auch eine Anerkennung der Arbeit unserer mobilfunkkritischen Initiative im Ort. Wir wurden angefragt, angehört, unser Wissen über mögliche Gesundheitsgefährdungen wurde ernst genommen. Letzteres hat sich seit der Gründung unserer Initiative im Jahr 2006 ständig erweitert und deshalb, klar, wäre es das Beste, keine Hochfrequenzstrahlung zu haben (geschweige denn 5G einzuführen!). Und am allerbesten wäre es, wenn für erwünschte oder notwendige kabellose Kommunikation solche Technologien eingesetzt und weiterentwickelt werden, die keine gesundheitliche Gefährdung für Mensch, Tier und Pflanze nach sich ziehen (erste Funk-Licht-Techniken sind dafür im Einsatz).

Unsere Ortschaft liegt nicht nur malerisch an Weinberghügeln und bewaldeten Höhenzügen am Tor zum Remstal, sondern ist geprägt durch eine aktive Bürgerschaft und viel ehrenamtliches Engagement. Beides wird in der Verwaltung sowie in den Gemeinderats- und Ortschaftsgremien sehr geschätzt, Diskussionen – mitunter auch heftige – eingeschlossen.

Seit 2006: Kontinuierliche Aufklärung zahlt sich aus

Seit der Gründung unserer Initiative haben wir uns immer wieder zu Wort gemeldet: mit Veranstaltungen sowie mit Informationen an unsere Ratsverwaltung, an die Mitglieder des Gemeinderats und an die Korber Bür-

ger_innen zum Thema „Gesundheitsgefährdung durch Mobilfunk“. Das alles dosiert und möglichst wenig aufgeregt – im Wissen darum, dass SmartPhone und Co. fester Bestandteil sowohl in Produktions- und Geschäftsbereichen als auch im Privatleben werden würden, dass jedoch Gemeinden und Privatpersonen in der Handhabung, in der Ausgestaltung, in der Ablehnung oder in ihrer Zustimmung zur Kommunikation auf der Basis hochfrequenter Strahlung durchaus einen gewissen Aktionspielraum haben, den es zu nutzen gilt.

In unserem konkreten Fall bedeutet dies, die Ablehnung der angebotenen Standortalternative von Seiten der Telekom weder widerspruchslos hinzunehmen noch mit dem ursprünglich von der Telekom gewünschten Standort einverstanden zu sein. Und so wird die Gemeinde zunächst Fachleute beauftragen, um die ablehnenden Argumente der Telekom zu hinterfragen.

Doch es könnte die Gefahr bestehen, dass zwischenzeitlich die Telekom Gebäudebesitzern Geld für einen privaten Standort anbietet. Weil dies dann die schlechteste Lösung sein könnte, haben Verwaltung und Gemeinderat die Hausbesitzer*innen im Ortsteil Kleinheppach gebeten, ihre Gebäude nicht der Telekom zur Verfügung zu stellen. Die örtliche Zeitung berichtete darüber ausführlich unter der Überschrift: „Angst vor Mobilfunkstrahlen. Warum die Korber jetzt vom Rathaus aufgefordert werden, sich nicht auf einen Deal mit der Telekom einzulassen“ (WKZ v. 15.11.19). Unsere Initiative wird dies in Kürze im Rahmen einer Wurf-sendung noch einmal in Erinnerung rufen und gleichzeitig darüber informieren, dass Mobilfunkstrahlung durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO), gleich wie Autoabgase, als „möglicherweise krebserregend“ eingestuft wurde und dass selbst der private Umgang mit SmartPhone und Co. strahlungsminimierend sein könnte. Sensibilisierung also für eine der vielen Umweltgefahren, die bedrohliche Ausmaße annehmen und zerstörerisch wirken auf Mensch und Natur. Handeln ist angesagt, wenn unser Planet „Erde“ nicht unbewohnbar werden soll.

5G

in Ravensburg

Klarheit
VERSCHAFFEN:
VORTRAG



Jede STADT
WILL
SMART CITY
werden



beschleunigt
die KLIMAKATASTROPHE

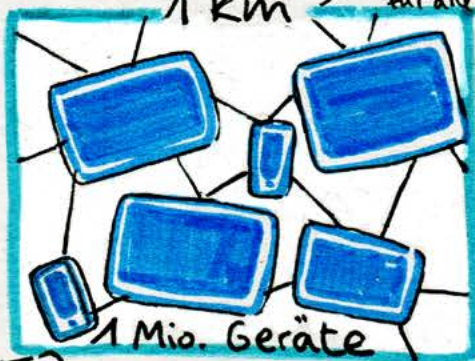
frühkindliche
(NICHT)-
Bindung
MAMA
MAMA
HILFEE



„Wer überwacht
wird, verhält
sich konform“

5G = 5. Generation

1 km² → alle 100m für alle 3 Betreiber

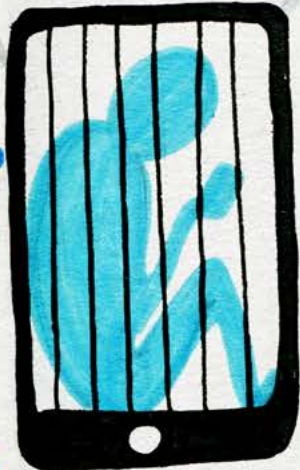


IHR WART HEUTE
30 SEKUNDEN
LANGSAMER, ALS
GESTERN



5G AN SCHULEN
Zwangs-WLANisierung!!

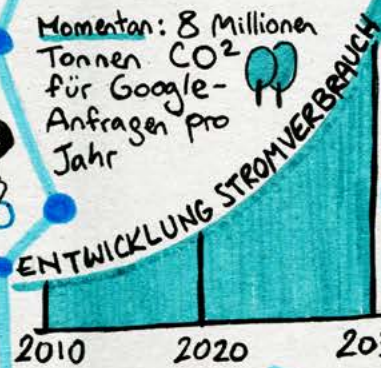
OH!



ALEXA.

meine eigene
Wanze habe
ich teuer
eingekauft!
wie exklusiv!!
oder?!

Momentan: 8 Millionen
Tonnen CO₂
für Google-
Anfragen pro
Jahr



keine
Milch
mehr
da!

schon
bestellt



ist Bedürfnis
der Industrie,
nicht der
Konsumenten



♫ Gehirnströme im TAKT der Mobilkommunikation ♫

DISKUSSION:

Gefällt mir? Gefällt mir nicht? ...

bisher nur

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.

Versuche / Studien zu 5G: **SCHÄDLICH**

DIE HAUT WIRD ZUR ANTENNE

WIR BRAUCHEN eine TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG!

5G MUSS 10MAL STÄRKER STRAHLEN ALS 4G

„Wir müssen die Orte schützen, wo sich sensible Menschen aufhalten“
(Schwangere, Babys, Kinder, Alte, Kranke...)

Bundesamt für Strahlenschutz
*also alle Orte...

Schon **BISHERIGE** Mobilfunkstrahlung ist **Krebserregend** - auch unterhalb der Grenzwerte!

Ravensburg kann funkfreie Gebiete aufweisen - aber EU dagegen?!!

NO-5G-OASE



Ein Smartphone strahlt über Apps **UNUNTERBROCHEN!!!**



NEU:

Kommunikation über Licht (nicht schädlich?)

weder autonomes Fahren, noch Smart Homes brauchen 5G

Sondern Provider und Handyhersteller -> die Industrie

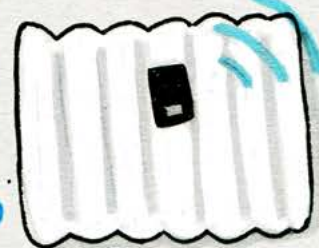
SCHUTZ

gute Fenster



+

meiden Sie Mobil- und Schnurlostelefone



SMART GRID UNSINN!

funkt alle paar Minuten -> widersprechen!!

PREDICTICTIVE ANALYTICS

ich bekomme die Ware, bevor ich sie bestelle - muss sie trotzdem zahlen - DANKE!!

und helfen **NICHT** beim LERNEN - im Gegenteil!!



Schreiben Sie einen Leserbrief





Foto: rawkus - stock.adobe.com

Ravensburg 5G-frei im öffentlichen Raum

5G „Anbieter machen einen großen Bogen um Ravensburg.“

Die Initiative Ravensburg 5G-frei im öffentlichen Raum hat mit dem Sammeln der Unterschriften für eine Einwohnerversammlung zu 5G nach § 20a der Gemeindeordnung begonnen. Dafür hat sie auch eine Homepage eingerichtet.

Besonders bemerkenswert ist, dass die Initiative aus einem breiten Bündnis besteht:

- > Agenda Arbeitskreis Mobilfunk Ravensburg
- > Prof. Dr. rer. nat. Wolfgang Ertel, Hochschule Ravensburg-Weingarten
- > Prof. Dr. rer. nat. Markus Pfeil, Hochschule Ravensburg-Weingarten
- > BfR Bürger/Bürgerinnen für Ravensburg
- > ÖDP Ökologisch-Demokratische Partei, Kreisverband Ravensburg
- > Initiative Ravensburger Ärzte/Ärztinnen gegen 5G
- > Rainer Wyslich, Arzt
- > Selbsthilfegruppe für Umwelterkrankte Ravensburg

Das Bündnis hat auf seiner Homepage die Kritik und seine Forderungen klar formuliert. Sie sind beispielhaft für andere Initiativen. Bei der nun anstehenden Unterschriftensammlung kann das Bündnis auf die positiven Erfahrungen in Freiburg aufbauen. In Ravensburg gibt es seit über 20 Jahren mehrere Initiativen, deren Mitglieder schon lange mit dem Mobilfunk-Bürgerforum und diagnose:funk zusammenarbeiten und die sich im Thema versiert auskennen. Die Auswirkungen dieses Engagements zeigen sich z.B. im Beschluss des Ravensburger Gemeinderates, Schutzzonen für Betroffene ein-

zurichten. Ende 2019 gab es eine weitere bemerkenswerte Entwicklung:

Am 18.11.2019 fand in Ravensburg ein Informationsabend zum Stand der digitalen Infrastruktur im Land und speziell in Ravensburg statt. Eingeladen hatte das Wirtschaftsforum (WiFo) Pro Ravensburg. An dem Abend wurde bekannt, dass auf Grund der kritischen Haltung vieler Bürgerinnen und Bürger in Ravensburg das Projekt „Ravensburg: Modellstadt für 5G“ mit hoher Wahrscheinlichkeit vom Tisch ist.

In einem Bericht aus der Schwäbischen Zeitung vom 19.11.2019 heißt es dazu unter anderem:

„Weshalb Ravensburg weit davon entfernt ist, eine 5G-Modellstadt zu sein: Aktueller hätte der Informationsabend zum Stand der digitalen Infrastruktur im Land und speziell in Ravensburg kaum sein können. Eingeladen hatte das Wirtschaftsforum (WiFo) Pro Ravensburg, Gastgeber waren die Technischen Werke Schussental (TWS). Ernüchternd waren die Ausführungen von Baubürgermeister Dirk Bastin, in dessen Ressort die Fäden zur Schaffung einer wegweisenden digitalen Infrastruktur zusammenlaufen. Nach seiner Einschätzung ist Ravensburg weit davon entfernt, sich als digitale Modellstadt in Sachen des neuen Mobilfunkstandards 5G zu etablieren.“

Bevor sich vor einigen Tagen die Agendagruppe Mobilfunk Ravensburg in einer öffentlichen Versammlung zu den Mobilfunkplänen in der Schussenstadt positionierte, hatte das Wirtschaftsforum ebenfalls zu einem Themenabend „Digitale Infrastruktur – Breitband, 5G“ eingeladen. In Ravensburg müssten sich Verwaltung und Kommunalpolitik Gedanken darüber machen, „was wir mit Digitalisierung eigentlich wollen“... Das alles sei auch vor dem Hintergrund einer kritischen Stadtgesellschaft in Ravensburg zu sehen, die sich intensiv in die zukünftigen Aufgaben einbringt. „Wir wollen einen vernünftigen 5G-Aufbau für superschnelle Verbindungen. Wir wollen aber die Kritiker mitnehmen und denen Schutzräume bieten, die den neuen Techniken ablehnend gegenüberstehen.“

Skepsis gegenüber Pilotprojekt

Dass ein angestrebtes Pilotprojekt für den neuen Mobilfunkstandard 5G in Ravensburg eingerichtet wird, sieht Bastin zwischenzeitlich skeptisch. „Den großen Mobilfunkanbietern blieb die kritische Haltung der Bürger in dieser Stadt nicht verborgen. Die Anbieter machen einen großen Bogen um Ravensburg“, sagte Bastin mit Blick auf Hilmar Möhlmann vom Unternehmen Telefonica. Dieser widersprach dem Bürgermeister nicht. Dazu Möhlmann: „Auf der Karte für den 5G-Aufbau tauche seine Stadt nicht vor 2022 oder 2023 auf.“

Homepage der Ravensburger Initiative:

www.ravensburg-5g-frei.de

Zeitraffer in Balzhausen im Schwarzwald

Nach 100 Jahren kam Glasfaser!

Der Weiler Balzhausen bei Grafenhausen liegt in einer idyllischen Senke, 6 km durch den Wald entfernt vom Hauptort Grafenhausen. 12 Häuser und 52 Einwohner genießen dort die Schwarzwaldidylle pur. 2013 gab die Telekom bekannt, dass sie eine Sendeanlage errichten will. Die Bürgerinitiative „Pro Glasfaser Balzhausen“ bildete sich. Ihr positives Ziel: Balzhausen bleibt strahlungsfrei, wir wollen Glasfaser.

Doch der Bürgermeister prophezeite der Initiative: „In 100 Jahren bekommt ihr kein Glasfaserkabel“. Die Initiative startete eine Unterschriftensammlung, wandte sich an den Petitionsausschuss des Landtages, zweimal wurde sie beim Landrat empfangen, führte

gut besuchte Veranstaltungen mit diagnose:funk-Referenten durch. Der Gemeinderat befasste sich damit. In der Presse, im SWR-Fernsehen wurde berichtet, der gesamte Petitionsausschuss des Landtages machte einen Vorort-Termin und eine Bürgeranhörung in Grafenhausen. Der politische Druck und die Unterstützung aus der Bevölkerung war in einer 5-jährigen Auseinandersetzung so groß, dass die Telekom auf den Bau der Sendeanlage verzichtete.

Jetzt, seit 2019 ist das Glasfaserkabel verlegt, und 2020 sollen alle Haushalte angeschlossen werden. Balzhausen bleibt ein gesunder Schwarzwaldort. Willkommen im strahlungsarmen Balzhausen!



Fotos: diagnose:funk
5 Jahre Auseinandersetzung bewegten die Schwarzwälder „Willkommen im strahlungsarmen Balzhausen“



Die Löwen-Wirtin Karin Tritschler, Sprecherin der Bürgerinitiative, freut sich über den Glasfaseranschluss. Viele ihrer Gäste schätzen das strahlungsarme Balzhausen.



Foto: xiaoliangge - stock.adobe.com
Glasfaser bis zu jedem Schwarzwaldhof, dafür hatte die Bürgerinitiative „Pro Glasfaser Balzhausen“ gekämpft.



ICNIRP-Gutachter als befangen abgelehnt!

Berufungsgericht Turin bestätigt Zusammenhang zwischen Handy-nutzung und Gehirntumoren

Nach Ansicht des Berufungsgerichts Turin wurde das Akustikusneurinom (gutartiger Tumor des Hör- und Gleichgewichtsnervs) des klagenden Arbeiters durch die Benutzung des Mobiltelefons verursacht. Damit bestätigte das Gericht in seinem am 13. Januar 2020 veröffentlichten Urteil (904/2019 vom 3.12.2019, Romeo gegen INAIL) die Entscheidung des Tribunals von Ivrea aus dem Jahr 2017 in vollem Umfang. Nach Ansicht des Gerichts ist die Kausalität zwischen der Strahlung und des Tumors „eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich“ (Urteil S. 33).

Dies werde bestätigt durch „epidemiologische Daten, die Ergebnisse von Tierversuchen (derzeit nicht im Widerspruch zu anderen Versuchen derselben Art), die Dauer und Intensität der Exposition ..., die besonders wichtig sind angesichts der - auf wissenschaftlicher Ebene - festgestellten Dosis-Wirkungs-Beziehung zwischen der Exposition gegenüber Mobilfunkfrequenzen und dem Risiko von Akustikusneurinomen, sowie das Fehlen jedes anderen Faktors, der die Krankheit hätte verursachen können“.

Die wissenschaftliche Analyse durch unabhängige, vom Gerichtshof bestellte Sachverständige bestätigte den Kausalzusammenhang, die Gutachten hätten „starke Beweise für die Behauptung einer kausalen Rolle zwischen der beruflichen Exposition des Beschwerdeführers, seiner Strahlenexposition durch Mobiltelefone und der aufgetretenen Krankheit“ nachgewiesen. Die die Berufung der INAIL (gesamtsstaatliches Versicherungsinstitut für Arbeitsunfälle) wurde zurückgewiesen.

Dies ist das zweite italienische Berufungsurteil zugunsten eines Arbeitnehmers nach dem Urteil von Brescia (der Fall Marcolini gegen das INAIL), im Jahr 2010, das mit der Bestätigung des Obersten Gerichtshofs im Jahr 2012 abgeschlossen wurde.

Industrielle Interessenkonflikte, wenn der Gutachter der ICNIRP angehört

Der Fall Romeo gegen INAIL ist deshalb historisch, weil diese Entscheidung die Forschungslage zur tumorauslösenden Wirkung nichtionisierender Strahlung anerkennt und vor allem, weil Interessenkonflikte be-

stimmter, der Mobilfunkindustrie nahestehender Experten offen benannt werden.

Tatsächlich erkennt das Gericht an, dass von der Telefonindustrie finanzierte Wissenschaftler oder Mitglieder der ICNIRP weniger zuverlässig sind als unabhängige Wissenschaftler: „Ein Großteil der wissenschaftlichen Literatur, die Kanzerogenität durch HF-Exposition ausschließt oder zumindest argumentiert, dass gegenteilige Forschungen nicht als schlüssig angesehen werden können... befindet sich in einem Interessenkonflikt, der nicht immer angezeigt wird: siehe insbesondere auf Seite 94 des Berichts die (von der anderen Partei nicht bestrittene) Verteidigung der Klägerin, dass die namentlich genannten Autoren der vom INAIL angegebenen Studien Mitglieder der ICNIRP und/oder des SCENIHR sind, die direkt oder indirekt von der Industrie finanziert wurden. (S. 33)“. Das Turiner Gericht erklärt: „In diesem Fall können Interessenkonflikte bei der Bewertung der Auswirkungen von Funkfrequenzen auf die Gesundheit auftreten: 1. Fälle, in denen der Autor der Studie die Telefonindustrie beraten oder von der Telefonindustrie Mittel für Studien erhalten hat, 2. wenn der Autor selbst Mitglied der ICNIRP ist“.

Anmerkung: Die ICNIRP wird von Frau Dr. Gunde Zielberger (Bundesamt für Strahlenschutz) koordiniert und hat ihren Sitz im Bundesamt für Strahlenschutz in Oberschleißheim.

Ausführlicher Bericht und Urteilstext

www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1516, Artikel vom 02.02.2020



Über ein verschwundenes Papier des BfS

15 Jahre Leitlinien Strahlenschutz: vom Anspruch zur Anpassung

Im Jahr 2005 publizierte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die „Leitlinien Strahlenschutz“. Wir Mobilfunkkritiker waren erfreut. Die Leitlinien versprachen, dass das BfS seinen Schutzauftrag ernsthaft wahrnehmen will. Doch die Leitlinien hatten ein schnelles Verfallsdatum. Nach einem Protestbrief des Unternehmerverbandes BITKOM waren sie bereits nach einem halben Jahr von der Homepage des BfS verschwunden, ohne Begründung. Seither gibt es keine neuen Leitlinien mehr.

Die „Leitlinien Strahlenschutz“ sind ein bedeutendes Dokument, in dem der damals beginnende Mobilfunkausbau kritisch reflektiert wird. In vorsichtigem wissenschaftlichem Beamtendeutsch wird darauf hingewiesen, dass man bisher fast nichts von staatlicher Seite zu den Auswirkungen der Mobilfunkstrahlung geforscht und keine Vorsorgeregelungen getroffen hat. Nichtwissen und fahrlässiger Umgang werden zugegeben und auf die brisante Situation hingewiesen: Die Hinweise auf Risiken könnten sich als richtig herausstellen, die Warnungen müssten ernst genommen werden, eine Vorsorgepolitik wird eingefordert:

- > „In Deutschland fehlt derzeit eine allgemeine Rechtsgrundlage für den Strahlenschutz der Bevölkerung bei nichtionisierender Strahlung ... Die Folge ist, dass von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine weitgehend unkontrollierte Exposition der Bevölkerung stattfindet.“ (S. 44)
- > „Die Frage der Auswirkungen elektromagnetischer Emissionen auf die belebte Umwelt sind bislang nicht nur national, sondern auch international stark vernachlässigt worden ... Die wissenschaftlichen Grundlagen zu einer belastbaren Bewertung der möglichen Schädigung von Flora und Fauna sind allerdings bislang nicht systematisch erarbeitet.“ (S. 46)

- > „Dem Schutz der Umwelt vor nichtionisierender Strahlung ist zukünftig verstärkt Aufmerksamkeit zu widmen. Durch gezielte Forschung ist zu klären, unter welchen Bedingungen eine Schädigung der Umwelt durch nichtionisierende Strahlung möglich ist. Im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen sollten auch die möglichen Folgen der Immission elektromagnetischer Felder geprüft werden.“ (S. 47)

Nicht zufällig forderte der Bundesverband der Informationswirtschaft, BITKOM, umgehend die Rücknahme der Leitlinien. Das BfS gehorchte. Kurz zuvor hatte die Bundesregierung 50 Milliarden Euro für die UMTS-Lizenzen eingenommen und sich zur Förderung des Ausbaus verpflichtet. Seither ist die Arbeit des Bundesamtes für Strahlenschutz davon geprägt, auf alle Forschungsergebnisse, die Risiken nachweisen, mit Entwarnung zu reagieren. diagnose:funk fordert, dass aufgrund der Studienlage neue Leitlinien erarbeitet werden, unter Beteiligung der Umweltverbände und mobilfunkkritischer Organisationen.

Die Leitlinien und der Bitkom-Brief stehen auf unserer Homepage zum Download:

www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1507

Sprachrohr der Industrie oder Schritt zum Strahlenschutz?

Neues Kompetenzzentrum Mobilfunk des Umweltministeriums in Cottbus

Das Bundesumweltministerium (BMU) hat in einem Festakt am 05.02.2020 die Einrichtung des Kompetenzzentrums Elektromagnetische Felder als Außenstelle des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) bekanntgegeben.

Die Aufgabenstellung des Kompetenzzentrums EMF: Die besorgten BürgerInnen von der Ungefährlichkeit der Mobilfunkstrahlung und den Hochspannungsleitungen zu überzeugen. Damit erfüllt das BMU Wünsche. Im Protokoll des 18. Runden Tisches EMF des BfS heißt es:

- > „Herr Weber/Amprion berichtet, dass Amprion sich für den Auf- und Ausbau des Kompetenzzentrums EMF eingesetzt habe.“
- > „Herr Unger/Telekom berichtet über öffentliche Diskussionen bezüglich des 5G-Standards ... Herrn Unger zufolge sei eine klare, koordinierte Kommunikation des Bundes nötig, Länder und Kommunen bräuchten Unterstützung des Bundes.“

Die Wünsche der Industrielobby sollen also mit dem Kompetenzzentrum erfüllt werden. Ihr Hauptanliegen: Der schnelle Hochspannungs- und 5G-Ausbau soll gegen die wachsenden Proteste aus der Bevölkerung durchgesetzt werden. Beim Festakt saßen bei der Diskussion die Vertreter von Amprion und der Telekom auf dem Podium. Für die Durchsetzung ihrer Geschäftsmodelle soll das Kompetenzzentrum Taktiken und Textbausteine liefern. Im Protokoll wird vermerkt, dass das BMU und das Kanzleramt (!) bereits mit Hochdruck daran arbeiten:

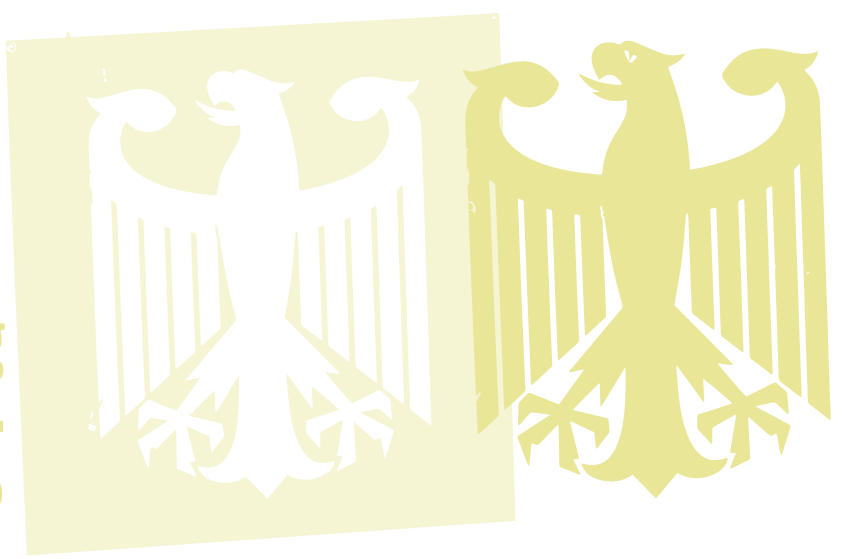
- > „Frau Keller erläutert, dass das Themenspektrum des Kompetenzzentrums EMF vom Bereich der Stromnetze auf sämtliche EMF-Themen erweitert worden sei. 5G sei auch im BMU auf Arbeitsebene sowie auf politischer Ebene ein großes Thema. Sie weist überdies auf die umfangreichen FAQs zu 5G auf den Internetseiten des BMU hin. Aus diesen könnten andere Akteure Informationen herauskopieren. Das Kanzleramt plane einen mit allen Ressorts abgestimmten Youtube-Film zu 5G.“

Statt Strahlenschutz also Rechtfertigung des 5G-Aus-

baus und der wachsenden Strahlenbelastung. Die Stunde der Risikokommunikatoren schlägt wieder. Im Hintergrund werden sich die bewährten Risikoentsorger, die Professoren Renn, Wiedemann und Revermann den Kopf darüber zerbrechen, warum nur noch 37% der Bevölkerung den Beschwichtigungen der Behörden glauben, und wie man das ändern könnte. Doch auch dieser fünfte Versuch wird scheitern:

- > Zunächst versuchte das die Industrie mit dem IZMF (Informationszentrum Mobilfunk), einer Propagandazentrale aller Mobilfunkbetreiber, in dessen Beirat auch das BMU mit Frau Keller vertreten war, mit Broschüren, Videos, Ärztefortbildungen und Schulungen von Bürgermeistern diesen Job zu machen. Das scheiterte.
- > Die Forschungsgemeinschaft Funk (FGF) sollte das IZMF wissenschaftlich legitimieren, stellte aber 2009 die Arbeit ein: „Auf nationaler Ebene hat sie (FGF) unter anderem wesentlich zur Beruhigung der ursprünglich sehr emotional geführten Diskussion um die Gefahren der elektromagnetischen Felder beigetragen“, so der damalige Ministerialdirektor Gerold Reichle (BMWI). Man dachte, man hätte den Widerstand nun im Griff.
- > Dann wurde das WF-EMF (Wissenschaftsforum Elektromagnetische Felder) von und mit Prof. Wiedemann gegründet, führend beteiligt war Prof. Alexander Lerchl. diagnose:funk deckte auf, dass dies eine verdeckte Gründung der Telekom war. Nach einem Kongress schiefen die Aktivitäten ein.
- > Und schließlich hatte man sich flankierend auch auf eine aggressive Variante zur Bekämpfung der Bürgerbewegung geeinigt. Man nutzte das verdeckte Forum IZgMF, das mit einer Homepage, einem Schmutzdelblog, bundesweit platzierten Leserbriefen versucht,

Aufklärung oder Verharm- losung?



Verwirrung innerhalb der Bürgerbewegung zu stiften. Prof. A. Lerchl gehört bis heute dort zu den eifrigsten Schreibern.

Das alles hat nichts genützt, wie man im BfS und BMU wohl erschreckt nach der Untersuchung „Was denkt Deutschland über Strahlung?“ feststellen muss. Von ca. 30 % der Bevölkerung, die nach einer EU-Untersuchung vor ca. 10 Jahren sich Sorgen machten, ist der Anteil nun auf über 50% gewachsen, und gar über 80% sind besorgt über Mobilfunkmasten. Und vor allem: Dieser Widerstand gegen 5G kam für Politik und Industrie wie aus heiterem Himmel.

Ein Produkt der Ratlosigkeit

Aus dem Protokoll des Runden Tisches spricht die Ratlosigkeit. Und so betont ein Teilnehmer: „Es wird die Wichtigkeit von empathischer Kommunikation betont.“ Eine erstaunliche Erkenntnis. Wir haben beim Durchboxen des Mobilfunkausbaus in den letzten 20 Jahren die dreiste Arroganz der Mobilfunkindustrie erlebt. Zum Charakter der Akteure gehörte, dass ihre Empathie erzeugenden Spiegelneuronen stillgelegt waren. Profitstreben und die Durchsetzung einer krankmachenden Technologie schließen Empathie aus. Die Industrie lehnte jede Beteiligung der Bürgerbewegungen ab. So beantragte der BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland) vor ca. 2 Jahren, dass diagnose:funk den freigewordenen Platz am Runden Tisch des BfS einnehmen soll. Das wurde von Industrievertretern strikt abgelehnt, diagnose:funk sei nicht diskursfähig. Eine bereits ausgesprochene Einladung an den Vorsitzenden von diagnose:funk wurde rückgängig gemacht.

Dass ein Bundesamt für Strahlenschutz als Hauptaufgabe nicht den Strahlenschutz, sondern Risikoentsorgung, Verharmlosung und Beruhigung bekommt, ist ein Skandal. Wie soll das neue Kompetenzzentrum angesichts der Forschungslage und des Widerstandes die Industrieinteressen verkaufen? Jeder Kommunikationswissenschaftler weiß: da kann nur eine „verzerrte Kommunikation“ herauskommen, man muss schließlich das Elend des deut-

schen Strahlenschutzes parfümieren. Und es wird wieder eintreten, wovon im BfS-Gutachten gewarnt wird, nämlich dass „die eigenhändige Beschäftigung mit Strahlung nicht für diese Beruhigung sorgt, sondern diese Personen im Gegenteil mehr Sorgen haben“(S. 28).

diagnose:funk fordert ein Umsteuern: Strahlenschutz statt Verharmlosung!

Einerseits sehen wir der Arbeit des Kompetenzzentrums und der geplanten Clearing-Stellen vor Ort gelassen entgegen, denn es werden offizielle Plattformen zur Diskussion sein. Aber gleichzeitig können wir die geplanten Verharmlosungen nicht akzeptieren. In unserer Presseerklärung vom 05.02.2020 fordert Jörn Gutbier, Vorsitzender von diagnose:funk, ein Umdenken in der Politik:

> „Die heutige Gründung des ‚Kompetenzzentrums EMF‘ muss der Startschuss sein für die ernst gemeinte Erforschung der Gesundheitsauswirkungen von Mobilfunkstrahlung durch die Bundesregierung. Das Kompetenzzentrum muss echte Kompetenzen aufbauen zur Reduzierung der Strahlenbelastung. Und wir brauchen endlich behördlichen Verbraucherschutz statt industriefreundliche Verharmlosungsrhetorik. Schluss mit dem Mythos, Handy- und WLAN-Strahlung sei unbedenklich! Die internationale Forschungslage zeigt nämlich ein sehr bedenkliches Bild: Fast 500 Studien weisen ernste gesundheitliche Auswirkungen von Mobilfunkstrahlung nach, eine dieser Studien wurde vom Bundesamt für Strahlenschutz selbst in Auftrag gegeben.“

Wir fordern das Bundesamt für Strahlenschutz auf, die auf Druck der Industrie zurückgezogenen Leitlinien Strahlenschutz von 2005 fortzuschreiben, den neuen Erkenntnissen aus der Forschung anzupassen und das Vorsorgeprinzip zu akzeptieren.

Artikel mit Quellenangaben auf unserer Homepage:

www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1519, Artikel vom 06.02.2020

Interview mit Pfarrer Wolfram Hädicke

Verstrahlung für Profit und Macht - Uranbergbau in der DDR

In Dessau führte die BUND-Ortsgruppe im November 2019 eine Veranstaltung zu Smart City und 5G durch und lud dazu Peter Hensinger von diagnose:funk ein. Wolfram Hädicke, pensionierter Pfarrer, hatte die Veranstaltung initiiert. Beim Tee im Hause Hädicke wollte Peter Hensinger mehr über das Leben in der DDR erfahren. Er erfuhr, wie mutige Bürger in der DDR gegen die Verstrahlung von Menschen kämpften und welche immensen Risiken sie auf sich nahmen. Und er saß einem Fachmann für Strahlung gegenüber. Wie Wolfram Hädicke das wurde, schildert er im Interview.

KOMPAKT: Wie sind Sie zum Thema Strahlung gekommen?

HÄDICKE: Bevor ich im Sommer 1988 die Pfarrstelle in Ronneburg, dem Zentrum des Thüringischen Uranbergbaus, angetreten habe, hatte ich die illegale Flugschrift „Pechblende – der Uranbergbau und seine Folgen“ von Michael Beleites in die Hand bekommen. Mit 20 Exemplaren im Gepäck bin ich in Ronneburg eingezogen und habe sie dort unters Volk gebracht. Die Verunsicherung der Menschen dort war groß, sodass es großes Interesse an Aufklärung gab. Der Staat und die Sowjetisch-Deutsche AG Wismut haben Belastungen verharmlost bzw. geleugnet. Ich habe zeitnah Michael Beleites zur öffentlichen Präsentation seiner Studie eingeladen. Das wurde vom Staat untersagt. Wie wir inzwischen aus den Akten wissen, hatte unser Vorhaben die Staatsvertreter so aufgeschreckt, dass der Vorgang bis auf den Schreibtisch des Ministerpräsidenten gelangte. Wir haben die Veranstaltung in modifizierter Form doch durchgeführt. In der übervollen Kirche habe ich am Ende zur Gründung eines Umweltkreises – heute nennt man das Bürgerinitiative – aufgerufen. Diese traf sich im Dezember 1988 zum ersten Mal. Mit Hilfe eines illegal in die DDR geschmuggelten Messgerätes konnten wir nachweisen, dass die Gammadosisleistung an vielen Stellen der Region das tolerable Maß überschritten hat. Was uns als Abraum und taubes Gestein verkauft wurde, war in Wirklichkeit Armerz, das in unmittelbarer Nähe zu Gärten und Siedlungen auf Halde geschüttet war – und zwar in riesigen Dimensionen. Unsere kritischen Nachfragen und unsere Ausstellung, die wir dazu gestaltet hatten, führte in kürzester Zeit dazu, dass ich vom Staatssicherheitsdienst als „operativer Vorgang“ bearbeitet wurde. Mit dem Zusam-

menbruch der DDR konnten wir eine Vielzahl von Kontakten zu westdeutschen Ökoinstituten und Umweltverbänden knüpfen, die uns fachlich weitergeholfen haben. Bereits im September 1990 haben wir in Ronneburg dazu eine Tagung organisiert. Damals ist die Zusammenarbeit mit der kritischen Gesellschaft für Strahlenschutz und Thomas Dersee entstanden. Die Publikation Strahlentelex/ElektrosmogReport hat unser Engagement bis in die Gegenwart begleitet und uns auch ein Podium gegeben. Über die Jahre hat sich die Gruppe Kompetenz in Fragen radioaktiver Niedrigstrahlung erarbeitet.



Strahlender Uranbrocken in Bergarbeitershand: Motiv einer Wismut-Urkunde von 1970

„Die Verharmlosungsstrategien denen sich die Kritiker der gängigen Bewertung des Risikos durch ionisierende Niedrigstrahlung ausgesetzt sehen, ähneln in verblüffender Weise den Verharmlosungsstrategien auf dem Gebiet von EMF“



Wolfram Hädicke, Dessau,
Pfarrer und Superintendent i.R.

KOMPAKT: Welche Folgen hatte die Bestrahlung für die Arbeiter in der Wismut?

HÄDICKE: Bei den Beschäftigten der Wismut – zeitweilig waren es über 70.000 – kam es in den wilden 50er Jahren zu sehr hohen Strahlenexpositionen. Als sich dann die frühen Todesfälle häuften, wurde dies auf die Staubexposition geschoben und argumentiert: Der kostenlose Wismutschnaps sei gut gegen Staublunge. Spätestens in den 70er Jahren wurde beruflicher Strahlenschutz bei der Wismut ein Thema. Da waren aber bereits zehntausende von Kumpeln kontaminiert. Es geht hier in erster Linie um die Gefahr durch strahleninduzierten Lungenkrebs infolge hoher Radonkonzentration, was man früher als Schneeberger Lungenkrankheit bezeichnet hatte. Es war ein offenes Geheimnis, dass Wismutkumpel eine niedrige Lebenserwartung haben. Nach der Wende haben wir für die Sicherstellung der Gesundheitsdaten in den Archiven gekämpft. Inzwischen gibt es weit über 8.000 von der Bundesknappschaft als Berufskrankheit anerkannte Todesfälle. Für uns als Bürgerinitiative lag es auf der Hand, dass die Belastungspfade nicht am Wismuttor enden. Die Auswirkungen auf die übrige Bevölkerung waren kontinuierlich ein Thema und verlangten einen erhöhten Schutzgrad.

KOMPAKT: Unter welchen Umständen machten Sie die Analyse? Wie reagierte der Staat darauf?

HÄDICKE: Wir waren unter ständiger Beobachtung. Wie wir heute wissen, gab es auch in der Gruppe Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit. Die Maßnahmepläne sahen vor, uns zu isolieren, zu denunzieren, zu verunsichern und in Ronneburg zu liquidieren. Dass es nicht dazu gekommen ist, hatte etwas

damit zu tun, dass sich der Staat in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 anderen Herausforderungen gegenüber sah. Mit der Wende begann eine Phase großer Offenheit, die uns die Tagung im September unter Beteiligung der Wismut, des staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz und westdeutscher Institute und Behörden ermöglichte. Mit der Übernahme der Wismut als AG in Hoheit des Bundeswirtschaftsministeriums folgte die Phase, in der Informationen nicht mehr so leicht zugänglich waren.

KOMPAKT: Hatte die DDR keine Grenzwerte?

HÄDICKE: Natürlich gab es auch in der DDR Grenzwerte und eine Verordnung zur Gewährleistung des Strahlenschutzes bei Halden und industriellen Absetzanlagen -ein solches gab es in der alten BRD nicht. Es gab auch ein entsprechendes Monitoring, doch die Ergebnisse waren, wie in den anderen umweltrelevanten Bereichen, geheim. Der deutsch-deutsche Einigungsvertrag hatte festgeschrieben, dass die Sanierung der Hinterlassenschaften des Uranbergbaus nach DDR-Recht geschehen sollte. Gegen diese Bestimmung haben wir Verfassungsbeschwerde eingelegt, mit der Begründung, dass dadurch ein geringerer Schutzgrad der Bevölkerung auf Dauer festgeschrieben wird. Uns war damals schon bewusst, dass das ganze System der Grenzwerte der ICRP (International Commission on Radiological Protection) nicht die tatsächlichen Gefahren widerspiegelt. So wird das Risiko durch ionisierende Niedrigstrahlung um den Faktor 10 unterschätzt.

KOMPAKT: Änderte sich etwas durch Eure Arbeit?

HÄDICKE: Wir waren regelmäßig im Gespräch mit dem Sanierungsunternehmen und wurden zunehmend

ernst genommen. Ich war als Sachverständiger geladen in den Umweltausschuss des Bundestages und in den Thüringer Landtag. Wir konnten beobachten, wie Problembewusstsein gewachsen ist und haben Einfluss genommen auf Sanierungsentscheidungen. Die Sanierung dieses größten ökologischen Schadenfalls Mitteleuropas kann als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden, was es auch möglich gemacht hat, dass 2007 die Bundesgartenschau in der Bergbaufolgelandschaft stattfinden konnte.

KOMPAKT: Sie haben Peter Hensinger nach Dessau zu einem Vortrag beim BUND eingeladen? Warum?

HÄDICKE: Durch die jahrelange Lektüre des ElektromogReport war ich sensibilisiert für die Risiken durch elektromagnetische Felder. Die Verharmlosungsstrategien denen sich die Kritiker der gängigen Bewertung des Risikos durch ionisierende Niedrigstrahlung ausgesetzt sehen, ähneln in verblüffender Weise den Verharmlosungsstrategien auf dem Gebiet von EMF. In unserer BUND-Gruppe wurde der Wunsch nach entsprechenden Informationen laut. Da habe ich mich in die Spur gemacht.

KOMPAKT: Warum ist der BUND so zögerlich beim Thema 5G und Digitalisierung?

HÄDICKE: Ich denke, das hat mehrere Gründe. Zum einen ist der BUND auf einer Vielzahl von Feldern aktiv und im technischen Umweltschutz kommen ständig neue hinzu. Es ist also z.T. ein Kapazitätsproblem. Zum

anderen ist die Dimension des Problems noch nicht so richtig im Blick. Politik und Industrie vernebeln die Situation durch überwältigende Heilsversprechen. Natürlich kann Digitalisierung und EMF auch im Dienste des Lebens stehen. Es ist nüchtern gesehen aber unübersehbar, dass wir uns auf einer schiefen Ebene befinden, wo wir uns in immer stärkere Abhängigkeiten und Gefahren begeben – für Demokratie und Gesundheit. Hier wünsche ich mir von meinem Umweltverband deutlich mehr Sensibilität und Engagement. Eine einzige, wenn auch gute Veröffentlichung, reicht da nicht. Möglicherweise spielt auch die Sorge eine Rolle, sich in einem Boot mit Esoterikern und Verschwörungstheoretikern wiederzufinden.

KOMPAKT: Was besorgt Sie am meisten, wenn Sie an 5G und Smart City denken?

HÄDICKE: Es wird trotz beeindruckender Fortschritte der Informationstechnologie so bleiben, dass das wahre Leben analog ist. Die Hinweise darauf, dass wir durch den Digitalisierungshype nicht nur Möglichkeiten gewinnen, sondern auch in Fallen geraten, verdichten sich. Das Eis wird dünner, das unsere Zivilisation trägt. Terrorismus im Netz kann Gesellschaften lahmlegen. Da braucht nur großflächig längere Zeit der Strom auszufallen – schon ist das Chaos perfekt. Bei 5G beunruhigen mich die Langzeitfolgen. Es ist wie bei Glyphosat – alle fragen nach der Krebsgefahr und es wird übersehen, was das mit der Biosphäre macht. Eine Vielzahl von - gelinde gesagt - unerwünschten Wirkun-

„So schwindet der Respekt vor dem Werk des Schöpfergottes und an die Stelle von Erlösung tritt Selbstoptimierung.“



Schnaps für die Arbeiter, damit sie die Strahlenverseuchung ertragen. In der SAG Wismut standen ab 1947 den Arbeitern über Tage ein Liter und Arbeitern unter Tage zwei Liter Schnaps im Monat steuerfrei für 1,60 Mark je Liter zu. Später bekamen die Bergleute der SDAG Wismut im Streckenvortrieb oder im Abbau bis zu sechs Liter im Monat.

Ausnahmestand,
Umweltkatastrophe
und das Sanierungsproblem
im deutschen Uranbergbau

Vorwort von Arnold Vaatz



Brandes & Apsel

„Die Hinweise darauf, dass wir durch den Digitalisierungshype nicht nur Möglichkeiten gewinnen, sondern auch in Fallen geraten, verdichten sich.“

gen ist möglich. Dieses Großexperiment am lebendigen Organismus der Bevölkerung und der Biosphäre ist unverantwortlich – wo doch selbst das BfS zugibt, dass die Studienlage extrem dünn ist und also eine Technikfolgenabschätzung seriös noch gar nicht stattfinden kann.

KOMPAKT: Wie sehen Sie speziell als Pfarrer die digitale Transformation der Gesellschaft?

HÄDICKE: Die moderne Technik beschenkt die Menschheit, indem sie Menschheitsträume wahr werden lässt: Siebenmeilenstiefel zu haben – und es kam die Eisenbahn und das Auto, Fliegen zu können – und es kam der moderne Flugverkehr, Nachrichten zu übermitteln – und es kamen Telefon, Handy, Internet. Inzwischen sind wir beim Traum, Gedankenlesen zu können. Google macht das schon längst.

Nicht nur technikaffine Menschen entwickeln Allmachtsphantasien und vergessen, dass der Mensch ein schwaches, verletzliches Geschöpf ist, das darauf angewiesen bleibt, mit der Natur in Harmonie zu leben. Digitalisierung wird vielfach als Lebensoptimierung und Herrschaftsinstrument verstanden. Doch der Mensch bleibt fehlbar und sterblich. Digitalisierung hilft uns nicht, menschlicher zu werden und sie tröstet uns auch nicht in den existenziellen Krisen des Lebens. Indem der Mensch sich durch die Technik immer weiter ermächtigt, bildet er sich ein, auf neue Weise in der Welt zu sein: quasi allmächtig. So schwindet der Respekt vor

dem Werk des Schöpfergottes und an die Stelle von Erlösung tritt Selbstoptimierung.

KOMPAKT: Sehen Sie Parallelen zur Situation in der ehemaligen DDR?

HÄDICKE: Es droht ein neuer Totalitarismus. Die ersehnte Demokratisierung durch den breiten Zugang zum Netz findet zu wenig statt. Hingegen zerfällt die Gesellschaft in sich separierende Echoräume, die sich gegeneinander aufladen. Demokratie lebt vom Gespräch von Angesicht zu Angesicht und verzichtet auf die Stigmatisierung des Gegenübers.

KOMPAKT: Was raten Sie, zu tun?

HÄDICKE: Die Gesellschaft muss sensibilisiert werden für die Abgründe der Digitalisierung. Dass die Sozialen Netzwerke zunehmend im asozialen Sinne missbraucht werden, spricht sich allmählich herum. Auch die Politik ist aufgeschreckt durch inzwischen nachgewiesene Manipulationen in Wahlkämpfen.

Es braucht dringend eine Regulierung und Entflechtung der sozialen Netzwerke und ein kritisches Bewusstsein hinsichtlich der Gefahren für Demokratie und Gesundheit. Hier kommt dem Bildungssystem eine große Verantwortung zu.

KOMPAKT: Herr Hädicke, danke für dieses mutmachende Interview.

ElektrosmogReport 4/2019 - jetzt auch auf Englisch
Neue Forschungsergebnisse zu nichtthermischen Auswirkungen bestätigen
Erbgut- und Fruchtbarkeitsstörungen durch UMTS (3G) und LTE (4G)

Seit 25 Jahren wertet die Redaktion des ElektrosmogReports die Studienlage aus. Seit 2019 wird er von diagnose:funk herausgegeben. Nachdem das staatliche EMF-Portal seit Ende 2017 die Studienlage zur Hochfrequenz/Mobilfunk nicht mehr auswertet, ist in Deutschland der ElektrosmogReport das einzige Fachmagazin, das diese Aufgabe wahrnimmt. Damit steigt seine Bedeutung und Verantwortung, auch für die Kontroverse um eine Vorsorge- und Gesundheitspolitik. Um dem ElektrosmogReport internationales Gewicht zu verleihen, können wir ihn dank der Spenden unserer Mitglieder auch in Englisch veröffentlichen. Die Online-Ausgaben des ElektrosmogReport stehen zum kostenlosen Download auf der Datenbank www.EMFData.org. Printausgaben können über den diagnose-funk- Online-Shop als Print on demand bestellt werden. Um eine kontinuierliche Herausgabe abzusichern, hoffen wir auf Ihre Spende. Denken Sie daran beim Download.

Im ElektrosmogReport 4/2019 werden sechs Studien analysiert. Sie bestätigen den Trend in der Forschung: Die nichtionisierende Strahlung führt bei der Bestrahlung zu Erbgutschäden (DNA-Strangbrüchen), auch bei Lymphozyten, und schädigt die Spermien. Zwei Studien stellen fest: Die Bestrahlung im Versuch durch „echte“ Handys ist bioaktiver als durch simulierte Signale durch Generatoren.

Die Studie von Panagopoulos (2019) weist für eine UMTS-Frequenz nach, dass bei Lymphozyten schon nach 15 Minuten Bestrahlung Chromosomenveränderungen um 100-275 % ansteigen und dies wahrscheinlich auf DNA-Schädigungen zurückzuführen ist. Die Bestrahlung erfolgte durch ein Mobiltelefon. Der Autor schreibt, die hohe Variabilität neuerer Mobilfunkstrahlung mache sie sehr bioaktiv, da sich lebende Organismen schlecht an sie gewöhnen können.

Studie zur Wirkung von LTE auf Hoden und Spermien

Yu et al. (2019), eine chinesische Forschungsgruppe, bestrahlte Hoden mit 4G (LTE). Als nichtthermische Effekte traten nach 150 Tagen Bestrahlung u.a. auf: eine erhöhte Störung der Spermienbildung. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass die langfristige Bestrahlung zu direkten morphologischen Schäden der Hoden bei den Versuchstieren führte. Außerdem wurde durch die Bestrahlung erhöhter oxidativer Stress in den Hoden und eine erhöhte Apoptose ausgelöst.

NTP-Arbeitsgruppe bekräftigt Relevanz der Ergebnisse; WLAN wirkt auf die Insulinkonzentration

Weiter rezensiert der ElektrosmogReport eine Evaluationsstudie der NTP-Arbeitsgruppe Smith-Roe et al. (2019), in der die Relevanz der NTP-Studie zur Karzinogenität bestätigt wird. Mosoumi et al. (2018) untersuchten die Wirkung der WLAN-Strahlung auf die Bauchspeicheldrüse. Die Insulinkonzentration war dadurch signifikant vermindert. Als mögliche Mechanismen für den hohen Blutzucker durch die WLAN-Strahlung kämen Konformationsänderungen des Insulins, der Insulinrezeptoren und der Glucose-Transportproteine in Frage.

Kurzbesprechung des ElektrosmogReport auf:

www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1496,
 Artikel vom 12.12.2019

Download auf: www.emfdata.org/de/elektrosmogreport?&page=1



Funkende Stromzähler? Nein danke!

Große Sorgen machen sich in ganz Deutschland Mieter über den Einbau von funkenden Stromzählern. Oft werden wir in unserer Telefonsprechstunde um Rat gebeten. Der ist nicht einfach. Der Gesetzgeber hat leider im Messstellenbetriebsgesetz eine sehr verbraucherunfreundliche Rechtsgrundlage für den Einbau von „intelligenten“ Messsystemen und modernen Messeinrichtungen geschaffen. VerbraucherInnen sehen sich nun schwer verständlichen Regelungen gegenüber.

Folgende Stromzählerarten gibt es im Moment: Ferraris-Zähler – moderne Messeinrichtungen – „intelligente“ Messsysteme

Ferraris-Zähler sind analoge Zähler mit dem Rädchen. Moderne Messeinrichtungen sind für sich alleine genommen die bekannten digitalen Zähler und verfügen über kein Kommunikationsmodul und können daher auch keine Daten senden. Erst wenn der digitale Zähler über eine Kommunikationseinheit (Smart Meter Gateway) verfügt, wird er zu einem sog. „intelligenten“ Messsystem (moderne Messeinrichtung + Kommunikationsmodul/Smart-Meter-Gateway = „intelligentes“ Messsystem).

„Intelligente“ Messsysteme verfügen also über eine Kommunikationsschnittstelle, die via Funk, PLC (Powerline) oder kabelgebunden kommunizieren kann. Leider wird hierbei immer häufiger, auch aus Kostengründen nicht nur auf PLC, sondern auch auf Mobilfunk gesetzt. Auch 5G könnte hier in Zukunft eine Rolle spielen.

Wichtig: Beim optionalen Einbau kann der Messstellenbetreiber frei entscheiden, ob er die Option zum Einbau intelligenter Messsysteme ziehen wird. Zieht er diese Option, hat der Verbraucher kein Widerspruchsrecht! **diagnose:funk fordert: um Vorsorge vor Funkstrahlung treffen zu können, müssen sich VerbraucherInnen frei für kabelgebundene Techniken (kein PLC) entscheiden können.** Diese Wahl darf ihnen nicht genommen oder beschnitten werden. Insbesondere Elektrohypersensible sind zu schützen. Wir möchten Sie ermuntern, Ihre Stimme als VerbraucherInnen zu erheben und deutlich zu machen, dass eine „Zwangsdigitalisierung“ mit Funk oder PLC nicht in Ihrem Sinne ist. Jeder kann seine Überzeugung an Versorger, an Politiker und an Behörden herantragen. Je mehr Menschen dies tun, desto höher die Chance auf Änderungen und Korrekturen für Vorsorge vor Funkstrahlung!

Nutzen Sie Ihre Stimme als VerbraucherInnen

Tipps:

- > Informieren Sie sich, ob Sie unter den verpflichtenden Einbau eines „intelligenten“ Messsystems fallen oder ob „nur“ eine moderne Messeinrichtung bei Ihnen eingebaut wird.
- > Wenn Sie grundsätzlich nicht unter den verpflichtenden Einbau fallen, erkundigen Sie sich trotzdem bei Ihrem Versorger, ob er die „Option“ zum Einbau „intelligenter“ Messsysteme wählen wird. Wählt er nämlich diese Option, haben Sie kein Widerspruchsrecht!
- > Fragen Sie bei Ihrem Versorger nach, welche Kommunikationstechniken er anbieten wird und lassen Sie ihn wissen, dass Sie nur eine kabelgebundene Datenkommunikation (kein PLC) wünschen. Stellen Sie ggf. einen Messstellenbetreiberwechsel in Aussicht.
- > Versuchen Sie sich von Ihrem Versorger schriftlich (vorab) bestätigen zu lassen, dass dieser bei Ihnen nur kabelgebunden arbeitende Einrichtungen (kein PLC/kein Funk) einbauen/aktivieren wird.
- > Wechseln Sie ggf. zu einem anderen Messstellenbetreiber, der kabelgebundene (kein PLC) Varianten anbietet.
- > Fragen Sie als Mieter Ihre Vermieter, was im Haus geplant ist. Überzeugen Sie Ihre Vermieter davon, die elektromogfreie Variante über LAN-Kabel zu wählen.
- > Versuchen Sie in Ihrer Eigentümergemeinschaft zu beschließen, keine mit Funk und PLC, sondern kabelgebunden arbeitende Zähler und Messsysteme im Haus einzubauen/zu nutzen (Argumente: Datensicherheits-, Datenschutz- und Strahlenminimierungsgründe). Bei Neubauten oder Sanierungen planen Sie einen zentralen LAN-Verteiler am/im Hausanschlusskasten und in der Nähe der Verbrauchszähler.
- > Wenn Sie elektrohypersensibel sind, lassen sie sich unbedingt ein Attest über Ihre Elektrohypersensibilität ausstellen und legen dieses ggf. dem Versorger/der Eigentümergemeinschaft/dem Vermieter vor.
- > Nutzen Sie Kommunikationskanäle in die Politik z.B. mit persönlichen Anschreiben oder Ansprachen, bei Wahlen mit diagnose:funk-Wahlbausteinen oder mit Online-Fragemöglichkeiten wie etwa abgordnetenwatch.de.
- > Kontaktieren Sie bitte einen Anwalt Ihres Vertrauens bei rechtlichen Problemen mit dem Versorger – eine Rechtsberatung dürfen wir Ihnen nicht anbieten.



Antworten auf Mobilfunk-Killerphrasen

Auf unserer Homepage gibt es eine Artikelserie zu den Totschlagargumenten der Industrie. In der Mobilfunk- und Elektrosmog-Debatte sind kritische BürgerInnen immer wieder mit den gleichen Textbausteinen konfrontiert. Ob in Schreiben von Regierungen, Behörden, im Gemeinderat oder an Runden Tischen in den Kommunen – wir werden immer wieder mit Industrieargumenten abgespeist, warum Mobilfunkstrahlung ungefährlich sei. Unsere Artikelserie will helfen, verwirrende Debatten zu durchschauen und im Dialog mit Politikern und Behörden zu bestehen.

Hintergrund

Nicht nur BürgerInnen, sondern auch Kommunalvertreter und -verwaltungen sind in der Regel mit der hochkomplexen Thematik Mobilfunk und Elektrosmog überfordert. Bei der Netzplanung treffen sie seit vielen Jahren Entscheidungen, obwohl sie nur einseitig informiert sind. Vorgegebene Textbausteine sollen Bürger überzeugen. Ohne unabhängige Strahlen- und Gesundheitsexperten ist es nahezu unmöglich, industrielle Argumentationen auf ihre Plausibilität zu überprüfen.

Halbwahrheiten, leere Behauptungen, Lügen ... diagnose:funk hat für Sie die gängigsten Industrieargumente zusammengestellt. **Es ist eine gute Übung, diese Argumente auf Sitzungen der Bürgerinitiative durchzusprechen.** Diese Themen werden behandelt:

- > Mobilfunk - zu wenig Energie für Zellschäden ... immer noch der Vergleich mit der Glühbirne?
- > Handystrahlung genauso krebserregend wie Kaffee und saure Gurken ... jetzt auch noch wie Aloe Vera?
- > Die Grenzwerte werden eingehalten ... und wo ist jetzt der Beweis für die Schädlichkeit?
- > Es gibt über 25.000 Studien, die nichts gefunden haben ... wo sind die Quellen und warum wird weitergeforscht?
- > "Direkt unter dem Sendemast ist man geschützt. Unterschreiben Sie den Pachtvertrag, sonst macht es der Nachbar und dann werden Sie bestrahlt!" Die Leuchtturm-Theorie.
- > "WLAN an Schulen senkt die Strahlenbelastung der Schüler!"
- > "Die Strahlung der Sonne und einer Deckenlampe haben mehr Watt als ein Mobilfunksender!"
- > Die Aussagen von Prof. Dr. Lerchl in seinem Vortrag „5G: Medizinische Aspekte“ und einem Interview mit dem Forum Mobilkommunikation auf dem Prüfstand.
- > Ein Paradebeispiel der Manipulation lieferte im September die Stiftung Warentest in dem Artikel "Wie riskant ist Handystrahlung? Ein Faktencheck". Der Artikel enthält alle gängigen Klischees, mit denen sich unser Artikel detailliert auseinandersetzt.

Die Artikel stehen auf unserer Homepage zum Download:

www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1446

Artikel vom 15.08.2019



Kinder zu medienmündigen Persönlichkeiten entwickeln

Waldorfschulen entwickeln Bildungskonzept für Medienpädagogik

Stuttgart/Hamburg, 12.12.2019: Der Bund der Freien Waldorfschulen (BdFWS) hat ein Konzept für Medienpädagogik entwickelt. Die Waldorfschulen in Deutschland können anhand dieser Vorlage ihre Medienpädagogik aktiv gestalten. Im Kern des Konzeptes geht es darum, die Kinder zu medienmündigen Persönlichkeiten zu entwickeln.

Medienabstinenz in den unteren Klassen

Am Ende der Schulzeit müssen Jugendliche medienmündig sein. Das heißt, dass sie verstehen, wie analoge und vor allem digitale Medien funktionieren und wie man im Alltag sinnvoll mit ihnen arbeitet. Darin stimmt die Waldorfpädagogik mit den gegenwärtigen Forderungen überein. Da sie sich an der Entwicklung des Kindes orientiert, geht sie in der Medienpädagogik allerdings anders vor. „Sie fragt zuerst, was fördert die Entwicklung der Kinder im jeweiligen Alter am besten“, so Dr. Edwin Hübner, Professor für Medienpädagogik an der Freien Hochschule Stuttgart.

In den ersten Lebensjahren müssen Kinder im Umgang mit der realen Welt ihre Sinne entwickeln, ihre Motorik und die Sprache beherrschen lernen. Darauf aufbauend können im Übergang zur Schulzeit analoge Techniken erlernt und begriffen werden. Die Waldorfpädagogik hält den Einsatz von digitalen Medien in der frühen Kindheit für pädagogisch destruktiv, da er die Vorschulkinder in ihrer Entwicklung behindert. „Für eine gesunde Gehirnbildung ist Medienabstinenz in den ersten Lebensjahren ein wichtiger Faktor“, betont Hübner.

Altersgerechter Medieneinsatz – Kompetenzerwerb

„Nachdem die Schülerinnen die analogen Techniken kennengelernt haben, ist die Basis geschaffen, aus eigener Erfahrung beurteilen zu können, wann und wie digitale Technik sinnvoll eingesetzt werden kann“, so

Hübner weiter. Darauf aufbauend könne ab dem zwölften Lebensjahr die digitale Technologie eingesetzt werden. Unterschieden wird auch zwischen direkter und indirekter Medienpädagogik. So bilde die indirekte Medienpädagogik soziale Kompetenzen aus, die für den Umgang mit der digitalen Welt die Voraussetzung seien. Direkte Medienpädagogik ermögliche das Verständnis, wie die verschiedenen Medien funktionieren und wie man mit ihnen umgehen könne.

Eltern für Handyverbot und späten Einsatz von Medien

Das Konzept zur Medienpädagogik liegt bei den Eltern bundesweit im Trend: Eine repräsentative Umfrage im Auftrag des BdFWS kam zu dem Ergebnis, dass 85 % der Eltern ein generelles Handyverbot für unter 16-Jährige an Schulen wünschen. In Frankreich ist das bereits Praxis. Den Einsatz digitaler Medien im Unterricht hält die Mehrheit der Eltern (54 %) erst ab der fünften Klasse für sinnvoll.

Weitere Ergebnisse der Elternstudie finden Sie hier: „Medienpädagogik an Waldorfschulen“ ist als Printausgabe online für eine Schutzgebühr von 5,00 Euro bestellbar: www.waldorfschuleshop.de/product_info-1-395-medienpaedagogik_an_waldorfschulen.html

Die PDF-Ausgabe ist kostenfrei abrufbar:

www.waldorfschule.de/fileadmin/bilder/Allgemeines/BdFW_Medienpaed_an_WS.pdf#main-content



Foto: Karsten vom Bruch Ludwigsburg

Erfreut zeigt Peter Hensinger die Stuttgarter Zeitung mit dem Bericht über die Initiative des Bezirksbeirates Stuttgart-Süd, VLC-Installationen prüfen zu lassen

Stuttgart: Die Diskussion über WLAN-Alternativen nimmt Fahrt auf

„Das Internet aus der Lampe. Der Stadtbezirk will prüfen lassen, ob sich an seinen Schulen das WLAN durch die neue VLC-Technik ersetzen lässt, die ohne elektromagnetische Strahlen auskommt.“ So beginnt der ganzseitige Artikel in den beiden großen Stuttgarter Zeitungen (25.01.2020).

Der Antrag der Stuttgarter Bezirksratsfraktion PULS wurde ohne direkten Einfluss unserer Bürgerinitiative gestellt, wunderbar so! Ausführlich schildert der Artikel die bisherigen erfolgreichen Pilotversuche auf der Insel Mainau und im Stuttgarter Hegel Gymnasium. Zum Stand des Pilotprojektes sagt Dr. Anagnostis Paraskevopoulos vom Heinrich-Hertz-Institut Berlin im Interview: „Eine erste Version des LiFi- Systems wurde vor etwa zwei Jahren installiert und ist seitdem in

Betrieb. Das System wurde alltäglich von unterschiedlichen Klassen und für unterschiedliche Fächer benutzt und funktionierte bis jetzt einwandfrei. Da das System schon so lange dort installiert ist, wird es von Schülern und Lehrern als selbstverständlich empfunden. Kurz vor Weihnachten haben wir dann eine neue Version installiert, mit der wir gerade neue Nutzererfahrungen sammeln.“ Der Bezirksbeirat Süd will nun prüfen lassen, wie diese Technik sich kostengünstig an Schulen installieren lässt. Es bestehen dazu gute Chancen, da jetzt auch Anbieter wie PureLifi, OLEDCOMM und Signify (Philips) am Markt sind. Auch im Gemeinderat Stuttgart beantragten die Fraktion der GRÜNEN und die Fraktion (Linke, SÖS, Piraten, Tierschutzpartei) weitere Pilotprojekte mit VLC.

Neuer Artikel im umwelt-medizin-gesellschaft

WLAN an Kitas und Schulen: Ein Hype verdeckt die Risiken

Der neue Artikel in umwelt-medizin-gesellschaft von Peter Hensinger vertieft die Diskussion um die Risiken von WLAN, insbesondere für das Lernen und die Gehirnentwicklung. Im Vorwort heißt es:

„Die geplante „Digitale Bildung“ fußt auf der Infrastruktur von Smartphones, Tablets und WLAN (Wireless Local Area Network). WLAN ist dabei das Herzstück der mobilen Datenübertragung. WLAN gilt inzwischen als Statussymbol für eine moderne Schule. Zur WLAN-Mikrowellen-Frequenz von 2.450 MHz und seiner Taktung mit 10 Hz gibt es Untersuchungen, die erhebliche Risiken für die Gesundheit nachweisen.

Eine Zusammenschau der Erkenntnisse aus der Hirnforschung über die Wirkung des durch digitale Medien beschleunigten Überflusses an Informationen, der Reizüberflutung und der Ergebnisse der Forschung zu Risiken der Strahlungseinwirkungen auf den Gehirnstoffwechsel führt zu einem tieferen Verständnis des Schädigungspotenzials. Insbesondere das reife Gehirn von Kindern ist gefährdet. Eine Diskussion darüber wird von den zuständigen Ministerien und Kultusbehörden nicht geführt, sondern es wird versucht, besorg-

te Eltern mit Fortschrittserzählungen und Textbausteinen zu beruhigen.“

Für diesen Artikel hat sich Peter Hensinger intensiv mit den Erkenntnissen der Neurobiologin Prof. Gertraud Teuchert-Noodt über Gehirntaktungen auseinandergesetzt, und welchen Einfluss elektromagnetische Felder (EMF) darauf haben können. Teuchert-Noodt konnte zum einen nachweisen, wie die Reizüberflutung durch Bildschirmmedien die Gehirnentwicklung hemmt, aber führte auch - ganz unabhängig von der Mobilfunkproblematik - Versuche mit der Wirkung von EMFs auf die Gehirntaktung durch. Dazu kommen die Erkenntnisse von Prof. Karl Hecht über die Rolle der 10 Hz-Taktung von WLAN auf das Gehirn. Diese Erkenntnisse führt Hensinger in dem Artikel zusammen, veranschaulicht mit mehreren Grafiken, mit dem Ergebnis einer fundamentalen Kritik, die Prof. Hechts Forderung untermauert: „Die Ausstattung der Schulen mit WLAN-Systemen ist gesetzlich zu verbieten“.

Das Heft 1/2020 von umwelt-medizin-gesellschaft kann als PDF oder Print bestellt werden:

www.forum-medizin.de/abo-bestellen/umg



„Die Ausstattung der Schulen mit WLAN-Systemen sollte gesetzlich verboten werden...“

Gesund aufwachsen in der digitalen Medienwelt Eine Orientierungshilfe für Eltern und alle, die Kinder und Jugendliche begleiten.

Ein Buch, das Eltern, Großeltern, ErzieherInnen und LehrerInnen helfen wird, einen Weg zu finden, wie sie mit den digitalen Medien in der Erziehung ihrer Kinder umgehen können.

Jetzt im diagnose:funk Online-Shop bestellen:

Bestell-Nr.: 111

156 Seiten © Mai 2019, 3. Auflage

Euro 14,90 Euro zzgl. Versandgebühren

direktlink: www.tinyurl.com/ya39qs78



Medienkonsum und Mobilfunkstrahlung - Besondere Risiken für Kinder und Jugendliche

Diese kleine Broschüre enthält die wichtigsten Schlussfolgerungen aus dem Medienratgeber. Sie informiert in kompakter Form über Risiken heutigen Medienkonsums: Altersspezifisch von der Schwangerschaft bis ins Jugendalter, thematisch von den Auswirkungen der Mobilfunkstrahlung bis zu suchtvähnlichen Erscheinungsweisen. Sie gibt praktische Tipps für eine altersgerechte, ausgewogene und gesunde Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen. Besonders geeignet für Eltern, Familien, KiTas, Schulen, Bildungseinrichtungen, pädagogische, ärztliche, soziale und verwandte Tätigkeitsbereiche. Am besten gleich zusammen bestellen: den Medienratgeber und den Flyer.

Herausgeber: Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie e.V., diagnose:funk, Stiftung für Kinder.

Jetzt im diagnose:funk Online-Shop bestellen:

Bestell-Nr.: 371

Faltblatt DIN Lang, 32 Seiten, 0,32 €.

direktlink: www.t1p.de/f668



Eltern-Baby-U-Bahn-Flyer – zum weiterreichen....

Eine BUND-Vorstandskollegin aus Stuttgart sprach uns an: „Wenn ich in der S-Bahn junge Mütter sehe, das Baby im Gurt vor der Brust, ein Smartphone-Dauergespräch in der Kopfhöhe des Babys, ich kann´s nicht mit ansehen! Ich möchte die Mütter nicht missionarisch ansprechen oder beschämen, aber sie auf die Risiken für ihr Kind hinweisen. Macht doch einen Flyer, den ich der Mutter geben kann, ich spende Euch 200 Euro dafür.“ Unser Vorschlag: immer ein paar Flyer dabei haben, und den Müttern und Vätern geben.

Jetzt im diagnose:funk Online-Shop bestellen:

Bestell-Nr.: 319

4 Seiten im Smartphone-Format

Euro 0,15 Euro/Exemplar



Brüssel, Florenz und Genf müssen Schule machen – Stopp 5G überall!

Am Ball bleiben – zur Aufklärung beitragen – mit diagnose:funk Material

Menschen wollen nicht krank werden, Eltern wollen für ihre Kinder eine gesunde Zukunft. Oft wissen die Menschen nicht, welche Konsequenzen die Digitalisierung für die Zukunft haben wird. Erfahren sie die Tatsachen, so wie jetzt bei 5G, werden viele aktiv. Tragen Sie dazu bei, mit unseren Materialien zu 5G, zu WLAN an Schulen, zu Forschungsergebnissen, zu Verbraucherschutzfragen

- > **5G Faltblatt** – 150.000 Auflage erreicht
- > **Broschüre Smart City-und 5G Hype** – ist ein Renner
- > **YouTube Video "Bildet Netzwerke des Widerstands"** – 39.000 Klicks

Gesammelte Informationen zu 5G auf unserer Sonderseite:
www.diagnose-funk.org/themen/mobilfunk-versorgung/5g

Informationsmaterial, Broschüren, Bücher und Videos
 direkt bestellen im Online-Shop:

www.shop.diagnose-funk.org
 oder über versand@diagnose-funk.de





**„Durch die Digitalisierung
gewinnen wir neue
Möglichkeiten. Wir geraten
aber auch in Fallen.“**

**Fördern Sie Aufklärung
und einen sinnvollen
Einsatz neuer Technik mit
Blick auf die Gesundheit
von Mensch und Umwelt!**

Spendenkonto

Diagnose-Funk e.V.

IBAN: DE39 4306 0967 7027 7638 00

GLS Bank

BIC: GENODEM1GLS